

Volkswacht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Gausenstraße Nr. 5 und Neue Talschloßstraße 11, durch die Zweigstellen, Bazar-Geschäft Reichell, Talschloßstraße 140, sowie durch alle Kiosks zu beziehen. — Bezugspreise im voraus zu entrichten wöchentlich 0.10 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dresdau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141
Postfach-Konto: Postfach-Umt Dresden Nr. 5352.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessien 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das erste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Hilfe erwünscht — die Hilfs-Mittel verweigert!

Zur Schlessienreise des preußischen Innenministers.

Die „Schlessische Volkszeitung“ stellt gestern in einem beachtenswerten Leitartikel eine Reihe von Tatsachen über die besonderen Nöte Schlessiens und Breslaus — die unsere Leser bereits kennen — zusammen. Sie hält diese traurigen Feststellungen und Ziffern „dem Westen“ entgegen, dem sie Unkenntnis des Ostens und gesunden Egoismus zuschreibt. Wir erinnern uns daher in erster Reihe an gewisse rheinische Zentrumskreise, die mit großem Erfolg immer wieder Sonderleistungen für ihre engere Heimat herausholten, während es der rheinische Zentrumsabgeordnete von Guérard war, der vor einer Woche im Reichstag die Kürzung der Ost-zuschüsse gegenüber dem preußischen Ministerpräsidenten, unserem Genossen Otto Braun, vertat, der selber aus dem östlichen Preußen stammt und hier lange politisch erfolgreich gewirkt hat, aber von der „Schlessischen Volkszeitung“ noch vor wenigen Tagen in diesen Fragen als weniger sachkundig gegenüber Herrn von Guérard bezeichnet wurde. Jetzt wendet sich das Breslauer Zentrumsblatt an den heute hier eintreffenden preußischen Innenminister Genossen Grzesinski mit der Forderung nach Rücksicht auf die schlessischen Nöte. Seine eigene Partei hat im Reichstag jedoch die Mittel zu solcher Berücksichtigung gegenüber dem Vorjahr nach unseren Berechnungen um drei Viertel gekürzt, mit den Stimmen aller Zentrumsabgeordneten auch aus Schlessien. Niemand wird danach erwarten, daß Wünsche aus Schlessien, die von dieser Seite her kommen, in Berlin noch besonders starken Eindruck machen.

Die verspäteten Vorwürfe des Zentrumsblattes gegen den Westen werden an anderer Stelle desselben Blattes noch durch eine Zuschrift ergänzt, die anscheinend von einem Reichstagsabgeordneten des Zentrums stammt. Nach einigem Selbstlob für die Mitarbeit des Zentrums an den Ostzuschüssen des Vorjahres wird darin ausgeführt, daß die gekürzte Summe von 25 Mill. Mark Reichsmittel für die Grenzgebiete noch nicht endgültig in der von uns angegebenen Weise auf Süddeutschland und Schleswig-Holstein verteilt sei, sondern daß der Reichsinnenminister darüber noch die letzte Entscheidung habe. Wir wollen also nun abwarten, was die Zentrumsabgeordneten Brüning, Schulte usw. noch über die Festlegung hinaus erreichen, die bisher als inhaltlich endgültig

angesehen werden mußte. Die Versprechung allein, daß bei Herrn von Reudell noch etwas erreicht werden wird, hilft uns nach bisherigen Erfahrungen wenig. Die Zuschrift selbst scheint auf ihre Trostgründe auch nicht stark zu vertrauen, wenn sie gleichzeitig die Hoffnung ausspricht, daß Preußen nunmehr aus eigenen Mitteln mehr geben wird, was das Reich weniger gab. Der preußische Finanzminister gehört weder unserer noch der Zentrumsparterie an, und wenn es um Geldbewilligungen ging, haben weder die sozialdemokratischen noch die Zentrumsminister es gerade leicht gehabt, seine Hinweis auf die durch das Reich beschränkten Landesfinanzen zu überwinden.

Besonders schwer zu verteidigen ist angesichts der Kürzung der Mittel für Schlessien durch das Reich die gleichzeitige Liebesgabe von über 40 Millionen jährlich an Bayern bei der Regelung der Biersteuer. Für diese Regelung haben bekanntlich auch die beiden schlessischen Reichsratsmitglieder, der deutschnationale Frhr. v. Tschammer-Niederhiesien und der Zentrums-Graf Brahma-Oberhiesien gestimmt, während selbst zwei andere preußische Provinzvertreter aus der Zentrumsparterie und der Berliner volksparteiliche Bürgermeister Dr. Scholz das nicht mitmachten. Der Gewährsmann der „Schlessischen Volkszeitung“ hilft sich mit dem naiven Hinweis, daß die Zulage für Bayern und die Streichung für Schlessien in keinem „Zusammenhang“ gestanden hätten! Das ist sicher insoweit richtig, als man nicht davon redete, was man anderen Landesteilen nahm, während man im Bürgerblocklager den Bayern gab. Aber als es nachher zu den Ostbewilligungen kam, war eben nur kein Geld mehr da... Ob die Bayern wegen ihres Beitritts zum Reich von 1871 einen Rechtsanspruch auf Sonderzulagen aus der Reichskasse hatten, darüber hätte man ruhig den Staatsgerichtshof entscheiden lassen sollen. Wäre dieser unerhörte Anspruch auf Extravergütung für Reichstreue als rechtmäßig anerkannt worden, so hätten doch wohl auch die schlessischen Zentrumsabgeordneten nicht gezögert, ein solches „Recht“ verfassungsmäßig ändern zu helfen? Oder sind sie schon so bapzig und so — Bürgerblock-stilisch geworden, daß ihnen die Bezahlung für Reichstreue selbstverständlich erscheint?

Das Antigewerkschaftsgesetz.

Aus London wird uns geschrieben:
Als der englische Ministerpräsident Baldwin im Jahre 1925 von einem ungeduldrigen Abgeordneten aus seinem eigenen Lager vor einen Gesekentwurf gestellt wurde, der das herrschende Gewerkschaftsrecht in einem einzelnen Punkte verschlechtern wollte, da wandte er sich in einer eindrucksvollen Rede gegen diesen Angriff auf die Gewerkschaften. Seitdem sind genau zwei Jahre vergangen und sie haben eine völlige W andlung im Charakter der Regierung Baldwin mit sich gebracht. Die ersten anderthalb Jahre Baldwin waren durch den Versuch gekennzeichnet, die große Tradition Disraels weiter zu spinnen, dem Tory-Demokratismus ein den sozialen Inhalten der Zeit entsprechendes neues Leben einzuhauchen. In einer Zeit sich zuspitzender sozialer Gegensätze und sich vorbereitender Klassenkämpfe predigte Baldwin die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Solidarität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das war die Grundnote seines politischen Glaubensbekenntnisses. Entsprechend dies nun ehrlicher Überzeugung oder was es nur eine heuchlerische Geste — eine solche Politik mußte jedenfalls früher oder später an den Realitäten scheitern.

Die Zuspitzung der Lage im Kohlenbergbau bot die Probe aufs Exempel. Erst suchte Baldwin auszuweichen, zu lavieren. Die neunmonatliche Subsidie zur Vermeidung der Aussperrung war, so gesehen, nichts als eine Flucht aus der Verantwortlichkeit vor der Entscheidung. Als der Generalstreik ausbrach, waren die Würfel gefallen. In einem für den pathetischen Prediger des sozialen Friedens merkwürdig anmutenden Salto Mortale warf sich Baldwin nunmehr der sozialen Reaktion in die Arme: er sollte im Generalkstreik gegenüber den Gewerkschaften künstlich die Verfassungsfrage auf; er verriet die Bergarbeiter an die Unternehmer und er tat mit dem Achtstundentag-Gesetz für den Bergbau den ersten großen rückgängigen Schritt in der hundertjährigen ehrenvollen Geschichte der englischen Sozialpolitik. Baldwin ist nunmehr dabei, diese neue Vera mit dem Gesetz gegen die Gewerkschaften zu krönen, welches man in England nicht ohne Grund die magna charta des Streikbruchs genannt hat.

Der Gesekentwurf, der an vielen Stellen so dunkel formuliert ist, daß aus den anscheinend harmlosesten Sätzen noch weiterer, heute nicht ersichtliche Gefahren erwachsen können, macht zunächst einmal den Generalstreik und jeden politischen Streik illegal; er tut das in einer Weise, die es in Zukunft jedem englischen Richter ermöglichen wird, auch den Sym-patistestreik als ungesetzlich zu erklären. Der Entwurf verbietet in seinem zweiten Paragraphen den Gewerkschaften, in ihrem eigenen Haus Ordnung zu schaffen und im Falle der Nichtbefolgung von Gewerkschaftsaktionen der obengenannten Art gegen Streikbrecher irgendwelche disziplinarische Maßnahmen zu ergreifen; er zwingt die Gewerkschaften und das ist ein beinahe schicksallicher Zug an diesem Gesekentwurf, ihre Statuten neuen Gesetzen anzupassen, falls sie sich nicht außerhalb des Rechtes stellen wollen. Das Antigewerkschaftsgesetz verbietet das Massenstreikposten stehen sowie jeden Einschüchterungsversuch der Streikenden, und es tut dies in einer Weise, die in Zukunft jeden Streikposten der Gefahr einer Aburteilung aussetzt. Den Staatsbeamten wird die Zugehörigkeit zu anderen als reinen Beamten-Gewerkschaften und der An-schluß an den Gewerkschaftskongreß, welcher dem Allgemeinen Gewerkschaftsbunde entspricht, verboten, lokalen und anderen Behörden unterlag, die Einstellung eines Angestellten und Arbeiters von seiner Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft abhängig zu machen. Der Gesekentwurf überschreitet schließlich in dem von langer Hand vorbereiteten Paragraphen über die politische Beitragsleistung der Gewerkschaftler weitaus den Rahmen der industriellen Gesetzgebung und sucht, wenn auch einen indirekten, Schlag gegen die Arbeiterpartei zu führen.

Dieser letzte Punkt bedarf vielleicht noch eines Kommentars. Die englische Arbeiterpartei ist im Gegenlag zu ihren kontinentalen Bruderparteien eine Rahmorganisation. Ihr Schwerpunkt, ihre materielle Grundlage und ihre organisatorische Stärke liegt nicht, wie bei den übrigen sozialistischen Parteien bei den Ortsgruppen, sondern in der geschlossenen Zugehörigkeit ganzer Gewerkschaften, die auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen ihrer Mitglieder korporativ der Labourpartei beigetreten sind. Wünsche in der Vergangenheit ein einzelnes Gewerkschaftsmitglied der Arbeiterpartei nicht anzugehören, so hatte er der Gewerkschaft anzugehören, worauf er von der politischen Beitragsleistung befreit wurde. In Zukunft soll nun anstelle dieses negativen Vorganges die positive Erklärung eines jeden ein-

Völkischer Ueberfall auf den Königsberger Sowjet-Konsul.

Von Nationalsozialisten wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf den russischen Konsul in Königsberg ein Ueberfall verübt. Der Konsul erhielt von hinten mehrere Stockschläge über den Kopf, die ihn zu Boden stredten. Außerdem erlitt er eine Verletzung am Fuß und verlor sich die Hand. Die Polizei hat sofort die notwendigen Maßnahmen eingeleitet und mehr als 20 Nationalsozialisten verhaftet. Als Haupt-schuldiger kommt ein in Rußland geborener Deutscher, der Haus-lehrer Boris Leffel, in Frage. Der Regierungspräsident von Königsberg und der Polizeipräsident statten dem russischen Konsul noch am Sonntag Besuche ab und drückten ihm ihr Bedauern über den Vorfall aus.

Völkische Ueberfälle auf Berliner Reichsbannerleute.

Am Sonntag wurden in Berlin an der Ecke Chaussee- und Invalidenstrasse 15 Reichsbannerleute von einem wesentlich stärkeren völkischen Trupp angegriffen. Es kam zu einer Schlägerei, die erst durch das Eingreifen der Polizei beigelegt werden konnte. Drei von den Angreifern wurden verhaftet und der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums zugeführt.

Beschlüsse des Berliner Bezirks-Parteitag.

Am Sonntag tagte in Berlin im Herrens Haus ein von mehr als 400 Mitgliedern besuchter Bezirksparteitag der SPD. von Groß-Berlin, dessen Debatten in sachlicher Form verliefen. Von den eingebrachten Anträgen wurden eine ganze Reihe angenommen bezw. dem Parteivorstand, der Reichstagsfraktion oder dem Berliner Bezirksvorstand als Material überwiesen. Bemerkenswert ist u. a. der Antrag den Berliner Bezirksvorstand unverzüglich mit geeigneten Schritten zur Schaffung eines Berliner Parteiorgans neben dem „Vorwärts“ zu beauftragen. Eine ganze Reihe ähnlicher Anträge bezweckten das gleiche Ziel. Als Vertreter des Parteivorstandes wandten sich die Genossen Bartels und Crispian gegen diese Anträge. Angenommen wurde ferner der Antrag auf Einführung einer Monatschrift für alle Mitglieder, und zwar soll diese Zeitschrift kostenlos geliefert werden. Von den angenommenen Anträgen zum Parteitag in Kiel ist u. a. die Forderung erwähnenswert, in Zukunft alle Namen der bei wichtigen namentlichen Bestimmungen fehlenden sozialdemokratischen Abgeordneten schnellstens im „Vorwärts“ zu ver-

öffentlichen. Ein ähnlicher Antrag wurde auch in bezug auf die Stadtverordneten von Berlin angenommen. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, der den Reichstagsabgeordneten, die sich bei der Abstimmung zum Sturz der Regierung Marx der Stimme enthalten haben, das Mißtrauen ausspricht. Schließlich ist noch ein Antrag erwähnenswert, der darauf hinweist, daß das Zentrum seinem inneren Wesen und seinen Zielen nach nur arbeiterfeindliche Politik treibe und treiben könne. Was habe vor allem die letzte Regierungsbildung bewiesen. Wörtlich heißt es dann in dem Antrag: „Nach dieser offenen Kampfanzeige des Zentrums im Reich dürfen auch Rücksichten auf die Koalition in Preußen nicht verhindern, offen und klar die arbeiterfeindliche Politik dieser Partei zu kennzeichnen.“ Der Führer der Preußischen Landtagsfraktion, Genosse Heilmann, stimmte demonstrativ gegen diesen angenommenen und für den Parteitag bestimmten Antrag. Bemerkenswert sei dann noch ein Antrag, der den Parteivorstand ersucht, gegen die Mitglieder, die sich durch literarische Arbeit in dem Organ der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens beteiligen, einzuschreiten.

Bezirksparteitag in Paris.

Paris, 11. April. (Eigener Junbericht.)
Am Sonntag hat eine Sitzung der Sozialistischen Seine-Föderation stattgefunden und im Hinblick auf den bevorstehenden zu Otern in Lyon stattfindenden Nationalkongreß der Partei die Tendenz festgelegt, welche in der Frage der allgemeinen Politik vertreten werden soll. Es wurden mehrere Resolutionen gefaßt, darunter zwei, die ein Zusammengehen mit den linksbürgerlichen Parteien unter gewissen Umständen als möglich ins Auge faßen und zwei radikale Resolutionen, die ein solches Zusammengehen unter allen Umständen verwerfen und demgegenüber ein Zusammengehen mit den Kommunisten unter gewissen Garantien vorschlagen. Bei der Abstimmung entfielen auf die gemäßigten Resolutionen 1800 Stimmen, für die anderen beiden Resolutionen stimmten ebenfalls 1800. Die Föderation wird also je sechs Delegierte für die gemäßigten und sechs für die radikale Tendenz auf den Parteitag entsenden.
Eine lebhafte Diskussion fand u. a. auch über den Ent-wurf Paul Boncour's über die Verwendung der französischen Armee für den Kriegsfall statt. Ein Delegierter schlug vor, der Sozialistischen Fraktion, einen Tadel auszusprechen, weil sie für diesen Entwurf in der Kammer eingetreten war, obwohl er in den Arbeiterkreisen starke Zustimmung hervorgerufen hat. Er beschloß, dem Kongreß vorzuschlagen, einen außer-ordentlichen Parteitag einzuberufen, der diese Gesekesvorlage genau prüfen soll.

Der Marine-Inquisitor von 1917.

Zum Tode verurteilte Matrosen ihrem Peiniger gegenübergestellt.

gesenen Gewerkschaftsmitgliedern treten, daß jeder Arbeiterparteiangehöriger wünscht. Die Ansicht hinter dieser Forderung, die auf den ersten Blick nur geringfügig erscheinen mag, besteht darin, den politisch lauen Arbeitern eine hequeme Gelegenheit zu geben, sich ihrer politischen Pflichterfüllung zu entziehen. Es läßt diese Klauseln besonders niedrig und kleinlich erscheinen, daß der Ministerpräsident Baldwin hiermit die politische Opposition an ihrem wundensten Punkte, ihrer materiellen Grundlage zu treffen sucht. Die Arbeiterpartei wird bei dem Kampfe um diese Gesetzesklausel in die Hintergründe der Finanzierung der Konservativen und Liberalen Partei hineinleuchten, die die bodenlose Feindschaft dieser, im Namen politischer Moralität in das Gewerkschaftsgesetz von Baldwin eingeschlossenen Maßnahme aufdecken wird. Die praktische Wirkung dieses Versuches durch den Führer der Konservativen, die Partei der Opposition zu schädigen, dürfte geringer sein, als sich die Urheber dieses Gesetzes in ihrer vollen Verleumdung der Psychologie der Arbeiterschaft vorstellen: Es wird nach dem Inkrafttreten dieser Klausel für einen Arbeiter moralisch noch viel unmöglicher sein, sich einer politischen Beitragleistung zu entziehen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Ein Gesamtbild auf den neuen Gesetzentwurf zeigt, daß England, das Mutterland und für Jahrzehnte das Vorbild sozialistischer Sozialistischer Gesetzgebung, nunmehr endgültig mit den sozialpolitisch rückständigsten Ländern weiteilt. Denn was hier gegen die britischen Gewerkschaften geplant wird, ist nicht nur, gemessen an dem bisher geltenden englischen Rechte, ein Rückschritt, sondern es geht hinter das zurück, was heute im Jahre 1927 als sozialpolitisch Durchschnittszustand in den demokratisch regierten Ländern Europas Recht oder zumindestens Gebrauch ist. Man braucht nur an das Verbot des Streikpostens vor dem Hause, in dem ein Arbeiter wohnt usw. hinzuweisen, um diese Behauptung nicht als Ueber-treibung erscheinen zu lassen. Aber die Antwort auf diesen verächtlichen Versuch der Regierung, die Widerstandskraft der Arbeiter zu brechen, ist ein einziger spontaner Entzweiungsschrei von einem Ende Großbritanniens zum andern. Er hat die Arbeiterpartei, die in den letzten Monaten mit ernstlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, mit einem einzigen Schlag wieder zusammengeschweißt.

Aus dem Reich.

Der neue Generaldirektor der Staatlichen Museen. Wie das Berliner Tageblatt meldet, hat das Staatsministerium den Vorschlag Minister Dr. Beders, an Stelle des am 4. Oktober zurücktretenden Generaldirektors der Staatlichen Museen, Geheimrat Dr. Otto von Falke, den Geheimrat, Professor Dr. Wilhelm Waackold, zum Generaldirektor zu ernennen, genehmigt.

Ein Beleidigungsprozess des Preussischen Ministerpräsidenten. Der Amliche Preussische Pressedienst schreibt: Am 14. Januar 1926 fand in Ruppig im Kreise West-Sternberg eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung statt, in deren Verlauf der Maschinenhändler Materne während der Diskussion über die Frage, was die Sozialdemokratie für den Kleinbauernstand getan habe, u. a. ausführte, keiner habe sich mehr „am Kleinbauernstand verdingelt als Braun zu der Zeit, als er Landwirtschaftsminister war. Braun hat für ein paar Zigarren Güter an oblige Offiziere verpackt“. Wegen dieser beleidigenden Äußerung erhob der Preussische Ministerpräsident Strafantrag, und das Schöffengericht in Guben gelangte zur Verurteilung des Materne zu einer mehrmonatigen Freiheitsstrafe. Wie sich aus der Verhandlung ergab, wurde Materne durch einen Teilnehmer der Versammlung gefragt, ob er mit seinen oder wiedergegebenen Worten habe sagen wollen, daß der Ministerpräsident Braun bestechlich gewesen sei. Diese Frage wurde durch den Angeklagten bejaht. Gegen das Urteil des Gubener Schöffengerichts legten die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte Berufung ein, über die am 21. Dezember 1926 vor der Großen Strafkammer Guben verhandelt wurde. In dieser Verhandlung wurde der Angeklagte Materne wegen Verleumdung der Reichsregierung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Genosse David in Anhalt. Reichsminister Dr. Marx hat an den Reichsminister a. D. Dr. David, Darmstadt, das folgende Schreiben gerichtet: „Sehr verehrter Herr Minister! Nachdem Sie zum 1. April d. J. auf Ihren Antrag aus Ihrem Amt als bevollmächtigter Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Reichsregierung in Darmstadt in den dauernden Ruhestand verlegt worden sind, ist es mir ein herzliches Bedürfnis, Ihnen für die eifrige und erfolgreiche Arbeit in diesem Amt auch namens der Reichsregierung aufrichtigen Dank zu sagen. Indem ich Ihnen für die Zukunft von Herzen alles Gute wünsche, bin ich mit dem Ausdruck meiner besonderen Wertschätzung Ihr sehr ergebener Gen. Marx.“

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages fand am Sonnabend die Vernehmung des einstigen Marinekriegsgerichtsrates Dr. Dobring in Gegenwart der drei ehemaligen Matrosen Sachse, Beders und Weber statt, die seinerzeit wegen angeblicher Weigerung in der Marine zum Tode verurteilt worden sind. Während ihre Kameraden Reichpietsch und Köbis damals hingerichtet wurden, sind die Todesurteile an Weber, Beders und Sachse nicht vollstreckt worden.

Dobring hat bereits früher angegeben und bestätigte es abermals, daß ihm Sachse vollkommen freiwillig als Untersuchungsrichter gestanden habe, daß die Tivoli-Versammlung der Matrosen seinerzeit ein Programm von vier Forderungen aufgestellt und die Errichtung einer Organisation für ihre Durchsetzung beschlossen habe. Diese vier Punkte seien damals von Dittmann für die U. S. P. D. gebilligt worden. Sachse selbst hat vor dem Ausschuss schon früher ganz entschieden bestritten, daß für die Marineurruhen ein bestimmtes Programm bestanden habe. Er wiederholte auch am Sonnabend seine frühere Aussage, daß es ein bezweifeltes Programm nicht gegeben habe. Demgegenüber berief sich Dobring auf das Geständnis, daß ihm Sachse seinerzeit gemacht habe, daß nämlich eine Organisation bestanden habe. Diesem Geständnis, daß Sachse seinerzeit wiederholte, habe er besonderen Wert beigelegt, weil er „der einzig wirkliche Kopf, die einzige Intelligenz dieser ganzen Gesellschaft“, gewesen sei. Gleich darauf mußte Dobring auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Moses (Soz.) zugeben, daß Sachse damals in einem Schmuggelbrief an seine Braut geschrieben habe, er müsse Dobring und den anderen Richtern um den Mund gehen. Die Folge sei bei ihm, Dobring, eine „furchtbare Seelennot“ gewesen, ob Sachse nicht etwas Unwahres gestanden habe, denn Sachse behauptete nicht nur sich selbst, sondern gab auch die anderen an, jedoch diesen schließlich nicht anderes übrig geblieben sei, als alles zuzugeben, nachdem sie erkannt hatten, daß einer „gepiffen“ hatte. Durch diese Tätigkeit Sachses sei jene Untersuchung die leichteste gewesen, die er, Dobring, in seinen 22 Dienstjahren gehabt habe.

Zeuge Beders erklärt, damals dem Sachse gegenübergestellt worden zu sein. Dobring gegenüber habe er bestritten, daß die Ablichtung der Gewaltanwendung bestanden habe. Kurz darauf sei er wieder zu Dobring gerufen worden, der ihn mit Schimpfworten empfangt: „Sie schamloser Geselle, Sie sind derjenige, der Gewalt anwenden wollte. Rechnen Sie nicht auf Gnade, Sie werden hingerichtet!“ Auf Grund eines Zettels habe Dobring aus ihm, Beders, herausbekommen wollen, daß nach drei Tagen der große Schlag folgen sollte. Später habe er den Untersuchungsrichter angelogen und die Angaben von Sachse und Reichpietsch bestätigt, „um dem Vernehmungsrichter eine Freude zu machen.“



Der deutsche Gesandte in Lettland.

Dr. Adolf Köster, gegen den in den letzten Wochen eine durchsichtige Heze unternommen wurde, ist zu dienstlichen Besprechungen in Berlin eingetroffen. Dr. Köster, der bekanntlich Sozialdemokrat ist, ist seit dem 6. Februar 1923 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Deutschen Reiches in Riga. Er ist 1883 in Verden a. d. Aller geboren, studierte Philosophie, war 1912 Privatdozent in München und gab dann seine akademische Laufbahn auf, um während des Krieges als Kriegsbetriebsleiter für sozialdemokratische Zeitungen tätig zu sein. 1919 war er preussischer Gesandter in Hamburg und Reichskommissar in Schleswig-Holstein, 1920 Reichsminister des Inneren im Kabinett Hermann Müller und 1921 Reichsminister des Innern im Kabinett Wirth. Dr. Köster, der auch als Schriftsteller erfolgreich war, hat Studienreisen in Europa, Asien, Afrika und Amerika unternommen.

Obermatrose Scholde mann befundet als Zeuge, daß auf seinem Schiff, wo auch Sachse war, niemals eine politische oder sonstige Organisation vorhanden war, bis 1917, wo wegen der schlechten Verpflegung eine Bewegung entstand. Zeuge Sachse bestätigt seine frühere Bekundung, daß Dobring bei seiner Vernehmung einen Galgen aufgemalt und einen Revolver neben sich liegen gehabt habe.

Als im weiteren Verlauf der Vernehmung Dobring vorkommt, den früheren Matrosen Steinmeier zu vernehmen, fragt Abg. Zoos (Ztr.) den Zeugen Dobring, ob es richtig sei, daß er mit Steinmeier bereits eine Zusammenkunft gehabt und ihn zu beeinflussen versucht habe. Dobring muß zugeben, im August 1926 einen Brief an Steinmeier geschrieben zu haben, worin er diesen an seine alte Bekanntschaft erinnert und ihn fragt, ob er noch als einfacher Angestellter bei der Staatsanwaltschaft tätig sei. Er würde ihn vielleicht als Zeugen in Anspruch nehmen und sich evtl. für ihn, Steinmeier, verwenden. Diese Feststellung löst bei den Zuhörern große Bewegung aus. Abg. Zoos erklärt, daß unter diesen Umständen Bedens bestanden, Steinmeier als Zeugen zu vernehmen. Abg. Dittmann bringt zur Charakterisierung des Zeugen Dobring einen weiteren Brief zur Sprache, in dem er sich bei dem zuständigen Referenten des preussischen Innenministeriums um die Ernennung zum Ministerialrat bewarb und diesem Referenten, der Angestellter war, in Aussicht stellte, daß er als Ministerialrat ihn zum Beamten befördern werde. Dafür sollte sich der Referent bei Innenminister Severing für Dobring verwenden.

Dramatisch gestaltete sich die Sitzung, als der Zeuge Weber in Gegenwart von Dobring seine frühere Bekundung wiederholt. Dobring habe seinerzeit erklärt, er sei imstande, die erschossenen Matrosen noch einmal erschließen zu lassen, besonders Reichpietsch. Nachdem Dobring diese Neuerung für möglich erklärt hatte, hebt der Zeuge Weber eine Photographie gegen Dobring in die Höhe und ruft ihm zu: Das sind die Gräber der beiden Erschossenen, Sie können sie ja jetzt noch einmal ausgraben und erschließen lassen. (Lebhafte Bewegung im Saal.)

Zeuge Beders befundet. Dobring habe ihn als Untersuchungsrichter zwar nicht erpreßt, aber mit den Worten empfangen: „Aha, da kommt einer von den Todeskandidaten.“ Bei den Vernehmungen habe Dobring von Galgen, Hängen und Hinrichtung gesprochen. Auch Beders erklärt, Dobring habe ihm gesagt: „Wenn ich die Macht besäße, würde ich die beiden ausgraben und noch einmal erschließen lassen.“ Bei einer späteren Vernehmung im Februar 1918 habe Dobring ihm und Sachse belegte Brote gegeben, worauf beide taugend erklärt hätten, daß sie zu seiner Zufriedenheit ausgraben würden. Als sie aber in der Verhandlung leugneten, ein Mannstift geschrieben zu haben, sei er, Beders, angeschrien worden und Dobring habe ein Gesicht gemacht, als ob er sagen wollte: erst hat er Brotchen bekommen und jetzt leugnet der Kerl noch (große Heiterkeit). Abg. Dr. Moses weist darauf hin, daß in dem kriegsgraphischen Bericht des Münchener Dolmetschereises die Aussage von Dobring stehe, er könne beweisen, daß aller Verrat und Meuterei auf Leute zurückzuführen seien, die sich als Anhänger der USPD bekannnten; sämtliche Zeugen hätten aber vor dem Ausschuss versichert, sich niemals als Anhänger der USPD bekannt zu haben. Dobring erklärt demgegenüber folgende, er wisse nicht, ob er in dem Münchener Prozeß eine solche Aussage gemacht habe. Abg. Dittmann erklärt gegenüber Behauptungen Dobrings, die Zentrale der USPD habe niemals in der Marine Unterschriften für Stockholm sammeln lassen, schon um die Leute nicht ans Messer zu liefern. Eine Mitgliedschaft bei der USPD sei aber auch für die Matrosen vollkommen legal gewesen. Bei dem Programm, wie es in der Anklageschrift formuliert ist, handele es sich um eine Konstruktion Dobrings, denn die von ihm vernommenen Leute hätten diesen Wortlaut nicht gebraucht. Zeuge Sachse versichert, daß er und der erschossene Köbis sowohl bei der Vernehmung wie in der Hauptverhandlung erklärt hätten, daß das nicht ihr Programm sei. Weber die politischen Ziele seien sie sich damals durchaus nicht klar gewesen. Dobring habe die Protokolle in die Maschine diktiert, die ihnen dann vorgelesen wurden. Sie seien damals 22 Jahre alt gewesen und hätten gar nicht gewußt, was hinter den Protokollen steht. Im Todesurteil stehe ausdrücklich: „Wenn auch ein entsprechendes Programm schriftlich nicht niedergelegt war.“ Sie hätten bei den Protokollen oft Dinge untergeschrieben, über deren Tragweite sie sich nicht klar waren. „Für uns galt es, unser Leben zu retten.“ Ein Teil der Protokolle sei konstruiert.

Ein weiterer Zeuge erklärt, so viel er wisse, seien verbotene Schriften an Bord gewesen, aber von einer Bewegung unter den Matrosen und Heizern weiß er nichts. Reichpietsch habe, als er ihn warnte, einmal erklärt: „Wir kann nichts passieren, denn ich habe Abgeordnete hinter mir!“ Namen habe er bei dieser einmaligen Bemerkung nicht genannt. Weitere Zeugen befunden, daß der Unterschied in der Verpflegung zwischen Offizieren und Mannschaften schließlich allzu groß geworden sei, daraus habe sich die ganze Bewegung entwickelt. Damit war die Vernehmung der Zeugen beendet; der Ausschuss vertagte sich auf den 6. Mai.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.
Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Bertheimer.

„Regen Sie sich nicht auf, Mr. Culpepper, Sie behaupten also, daß Sie von den Schritten Ihrer Tochter keine Ahnung haben.“
„Ich habe bestimmt von diesen absurden Geschichten, die Sie da erfinden, keine Ahnung.“
„Das werden wir noch sehen. Nun, Sie halten alle an der Erzählung, die Sie bei Aufbruch des Verbrechens vortradeten, fest, oder wünschen Sie vielleicht eine Verichtigung zu machen? Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß jede Ihrer Aussagen sich gegen Sie selbst als Beweis richten konnte.“
„Ich erhebe Einspruch, General Bunker. Wessen beschuldigt man mich hier? Diegt irgend etwas gegen mich vor?“
„Wirklich, Wilson,“ sagte der General, „ich weiß nicht recht, was das Ganze soll. Wollen Sie mir gefälligst erklären, was all das mit der Identifizierung dieses Verbrechen hier zu tun hat?“ Er zeigte dabei auf Rosenbaum, der zwischen seinen beiden Wächtern stand und bestieg dem Gespräch gefolgt war.
„Alles zu seiner Zeit, General,“ erwiderte Wilson. „Sie fragen ganz richtig, wessen man sie beschuldigt. Ich will Sie genau darüber aufklären, Mr. Culpepper. Augenblicklich liegt nichts gegen Sie vor; Sie werden jedoch für den Fall, daß Sie nicht offen zu uns sind, darauf gefaßt sein müssen, der Beschuldigte am Tode beschuldigt zu werden.“
„Ich — ein Helfershelfer? Großer Gott, was meinen Sie damit?“
„Ich will damit sagen,“ fuhr Wilson fort, „daß die ganze Geschichte, die Sie über den Mord erzählt haben, von Anfang bis zum Ende nichts als Lug und Trug ist. Ich will damit sagen, daß dieser Rosenbaum, den Sie wiedererkennen behaupten, keineswegs derjenige ist, der den Mord begangen hat, und daß Sie wesentlich falsch identifizieren. Uebrigens, Mr. Culpepper, bin ich genau darüber orientiert, wessen Namen Sie und Ihre Tochter aus einer gewissen Liste in Paris und von einem sehr berühmten Matrosen, das Sie dort hatten, ziehen.“
„Was man hier, was ich damit meine?“

Culpepper hielt, solange Wilson sprach, den Kopf gesenkt, und vermied es, dem Herrn vor ihm in die Augen zu sehen. Er überlegte fählich angestrengt.
„Ich habe nicht die leiseste Ahnung, was Sie damit meinen,“ entgegnete er schließlich. „Meine Angaben, welche ich nach meiner Auffindung durch Ihren Inspektor im Hotel gemacht habe, sind durchaus wahr. In diesem Rosenbaum — er zeigte auf den Gefangenen — erkenne ich mit Bestimmtheit jenen Mann wieder, der den Mord begangen hat. Und was Ihre Verdächtigungen gegen meine Tochter betrifft, so verlange ich von Ihnen, daß Sie sie zurücknehmen,“ der kleine Mann richtete sich hoch auf und blidete zwar nicht Wilson, aber General Bunker und ins Gesicht. „Steht das, General,“ fuhr er fort, „daß ich verhaftet bin oder sieht es mir frei, zu gehen?“
„Mein Wort, ich kann mich selbst nicht mehr aus,“ sagte der General. „Sie behaupten, der Mann hier ist Rosenbaum, und er gibt es ja auch selbst zu. Diegt das nicht offen zutage?“ Er hatte Wilson gefragt und dieser entgegnete ihm. „Ja, das ist klar. Nur ist er, obgleich er Rosenbaum ist, nicht derjenige, der den Mord begangen hat.“
„Ja, um Himmelswillen, wer hat ihn denn dann begangen?“
„Nicht so hitzig, General. Das ist eine lange Geschichte. Ich glaube, Mr. Culpepper könnte sie uns, wenn er wollte, erzählen.“
„Ich behaupte jedoch, daß ihn dieser Mensch hier verurteilt hat,“ erklärte Culpepper nochmals nachdrücklich und zeigte auf Rosenbaum.
„Ich stelle zum zweitenmal die Frage: Steht es mir frei, zu gehen?“
„Für den Augenblick ja, Mr. Culpepper,“ erklärte Wilson. „Aber ich muß Sie bitten, sich zur Verfügung der Polizei zu halten. Ich werde Ihnen noch mehr zu sagen haben. Bis dahin bitte ich Sie gefälligst, mich über alle Ihre Schritte zu unterrichten.“
„Es fällt mir nicht im Schlaf ein. Es liegt doch kein Haftbefehl gegen mich vor.“
„Ah, wenn Sie es vorziehen und warten wollen, bis ich einige Formalitäten erledigt habe, bin ich sogar sehr gern bereit, Sie zu verhaften. Wären Sie das etwa?“
„Dies, Herr, ist ein Schimpf. Ich werde sofort meinen Anwalt anrufen und ihm die Sache übergeben.“ Und Mr.

Culpepper trat, da niemand seine Herausforderung beantwortete, einen eiligen Rückzug an. Als sich die Tür hinter ihm geschlossen hatte, ergriß Wilson das Haustelephon und veranlaßte, daß zwei Leute seine Verfolgung aufnehmen sollten und daß Culpepper keinen Augenblick außer Acht gelassen werden dürfe.
„Nun, Wilson, wollen Sie uns jetzt vielleicht gefälligst erklären?“ sagte Bunker, als Wilson den Hörer ablegte.
„Es ist nicht besser, wenn wir zuerst über Herrn Rosenbaum verfügen? Ich glaube kaum, daß wir ihn bei meiner Erklärung benötigen.“
Bunker richtete das Wort an die Wärter. „Führen Sie den Gefangenen in seine Zelle zurück,“ befahl er. „Links um, vorwärts, marsch!“
„Ich werde Herrn Rosenbaum später noch sprechen müssen,“ erklärte Wilson, ehe der kleine Zug das Zimmer verließ.
„Hoffentlich, Sie scheinen der einzige zu sein, der hier Verstand besitzt,“ erwiderte Rosenbaum.
„Maul halten!“ brüllte der General. „Maul halten!“ wiederholten die Wärter, als der Zug die Türe durchschritt.
Nun wandte sich Bunker an Wilson. „Also, Oberinspektor, wie steht es mit Ihrem Ammenmärchen? Da verhafte ich einen Mörder für Sie, weil das Ihrer unbeachtbaren Abteilung vorbehalten ist, und zum Dank dafür erfinden Sie irgendeine leuchtliche Geschichte, daß er nicht der Mörder ist, aber dafür ein anderer gleichen Namens und gleichen Aussehens. Culpepper beglaubigt ihn — Sie bezeichnen ihn als Lügner. Aber er ist ja nicht der Einzige, der ihn beglaubigt; zugleich identifiziert ihn dieser — ah — wie heißt er doch gleich — ah — Sacherevell. Hat der vielleicht auch gelogen? Was sagen Sie jetzt, hm?“ Bunker lauchte den Oberinspektor geradezu an.
„Selbstverständlich bedauere ich unendlich, General, daß ich Sie so enttäuschen muß. Aber bedenken Sie doch, der Junge hat ihn nicht identifiziert.“
„Der Junge, Mumpdy. Wer kümmert sich um den Jungen?“
„Der Junge hat sich erinnert, daß der Mörder ein verkrüppeltes Ohr hat. Dieser Mann aber hat es nicht. Fällt Ihnen dabei nichts auf?“
„Der Junge aufsteht natürlich.“
„Fällt Ihnen nicht ein, sich zu fragen, ob nicht irgendein anderer, der in den Fall verwickelt ist, ein verkrüppeltes Ohr hat?“ (Fortsetzung folgt.)

Unsere Ablehnung des Reichsetats.

Protest gegen die Politik des Bürgerblocks.

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Einmütig hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Reichsetat für 1927 abgelehnt. Die Einmütigkeit beruhte nicht auf der Fraktionsdisziplin. Meinungsverschiedenheiten darüber hat es in der Reichstagsfraktion nicht gegeben, wird es wohl auch in der Partei nicht geben. Angesichts der Stellung der Sozialdemokratie zum republikanischen Staat kommt diesem Akt erhebliche politische Bedeutung zu.

Vor dem Kriege war die Stellung der Sozialdemokratie zur sogenannten Budgetfrage heftig umstritten. Dem Reichsetat der überwiegend militärischen Charakter trug und die finanzielle Deckung für ein brutales Klassenregiment darstellte, ist damals nie zugestimmt worden. Darüber wurde auch gar nicht diskutiert. Und in den Bundesstaaten mit ausgesprochenen Klassenwahlrechten, wie Preußen und Sachsen, kam die Genehmigung der Budgets auch gar nicht in Frage. Dagegen stimmten unsere Landtagsvertreter in Baden und Württemberg, wo ein fortgeschrittenes Wahlrecht erlangt worden war und eine etwas freiere Luft wehte, in einigen Fällen den Etats zu. Das führte zu großen Auseinandersetzungen in der Partei und zu Mißbilligungsbeschlüssen mehrerer Parteitage. Während die Genossen der betreffenden Länder in ihrer Mehrheit die Entscheidung der Fraktionen als taktische Handlung billigten, erblickte die Mehrheit der Gesamtpartei in der Staatsabstimmung einen Akt von grundsätzlicher Bedeutung und verlangte die Ablehnung der Länderetats als Protest gegen den Klassenstaat. In den Gemeinden wiederum wurde unseren Parteigenossen von der Gesamtpartei gestattet, von Fall zu Fall nach freiem Ermessen den Etat anzunehmen oder abzulehnen.

Diese Erörterungen fanden mit der Novemberrevolution ihren endgültigen Abschluß. Seit Errichtung der Republik und Durchführung des demokratischen Wahlrechts in Reich, Ländern und Gemeinden stehen wir einem anders geformten Staate gegenüber. Die Ablehnung des Etats als der Akt des grundsätzlichen Protestes gegen den Staat scheidet nunmehr schon deshalb aus allen Erwägungen aus, weil wir Sozialdemokraten ja die Träger der demokratischen Republik geworden waren. Solange die Sozialdemokratie selbst an der Reichsregierung beteiligt war oder auf eine Minderheitsregierung ein gewisses Maß von Einfluß hatte, brauchte auch nicht zur Staatsablehnung als Kundgebung gegen Geist und Richtung der Regierungspolitik geschritten zu werden. Das ist anders geworden, seitdem Deutschland mit dem Besitzbürgerblock gezeichnet ist.

Bei der Bildung des Besitzbürgerblocks ist der Öffentlichkeit unter Hinweis auf die zwischen den Regierungsparteien vereinbarten „Richtlinien“ in allen Tonarten versichert worden, daß sich am seitherigen Regierungskurs nichts ändern werde. Selbst die Regierungserklärung, mit der Herr Marx als Kanzler des Reichstags vor den Reichstag trat, betonte, daß die Außen- und Innenpolitik unverändert fortgesetzt werde. Die Deutschnationalen als führende Regierungspartei stimmten dieser Erklärung mit leisem Lächeln zu in dem Bewußtsein, daß sie die Machtposition, die sie sich ersehnten hatten, schon auszunutzen wissen würden. Seitdem sind kaum zwei Monate verflossen und schon zeigt sich mit verblüffender Schärfe, daß das Steuer des Regierungskurses nach rechts herumgerissen worden ist.

Auf keinem einzigen Gebiet des politischen Lebens ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Rückwärts, Don Rodrigo! Zurück zur ausgeprochensten Klassenpolitik! Das ist die Parole des Besitzbürgerblocks.

Am ehesten noch kann in der Außenpolitik der Schein erweckt werden, als habe sich nichts geändert. Sicherlich ist Stresemann bemüht, seine bisherige Politik, für die ihn die Sozialdemokratie in hartem Ringen mit ihm selbst die Bahn frei gemacht hat, fortzusetzen. Obgleich aber die Deutschnationalen ihre nationalpolitischen Rodomontaden abgeschworen haben, kommt Stresemanns Schiff nicht mehr vom Fleck. Die Rheinlandräumung dauert unverändert fort, obgleich, nein, weil die Deutschnationalen in der Regierung sind. Das Mißtrauen der Weltmächte gegen Deutschland ist unter der Herrschaft der Deutschnationalen gewachsen. Der Besitzbürgerblock hemmt also die Befreiung der besetzten Gebiete, statt sie zu fördern.

Mit den Händen zu greifen sind die bitteren Früchte der Bürgerblockpolitik in der Innenpolitik. Die Wirtschaft, die Kultur, die Sozial-, die Finanzpolitik wird von reaktionärem Geist beherrscht. Verschärfung der vom Standpunkte der deutschen Gesamtwirtschaft widersinnigen Hochschulzölle, brutale Ablehnung der von allen Gewerkschaftsrichtungen zur Verminderung des Erwerbslosenelends geforderten Arbeitszeitregelung, kleinlichste Beschränkung der dringendsten Aufwendungen für soziale und kulturelle Zwecke, erneute Nasführung der betrogenen Spärer und Gläubiger, der Kriegsbeschädigten, der Arbeitslosen, der schlechtbesoldeten Beamten, statt Finanzausgleich Verschärfung der Gegensätze zwischen Ländern und Reich und zwischen den Ländern unter sich, unsolbteste Finanzgebarung, Verzicht auf greifbar naheliegende Millioneinnahmen

bei der Börsensteuer usw. Das sind die markantesten Flüge der Politik des Besitzbürgerblocks.

Sollen wir Sozialdemokraten, deren noch so sachlich begründete Anträge von der Abstimmungsmaschine der Regierungsmehrheit unbesehen abgelehnt wurden, für eine solche Politik die Verantwortung mit tragen? Wir würden es tun, wenn wir dem Etat, dieser Grundlage der Staatswirtschaft, zustimmten. Unsere Ablehnung des Etats bedeutet keine Kundgebung gegen den Staat. Wir kämpfen vielmehr um die Macht in diesem Staat. Wird aber der Staat von unseren schärfsten Klassenfeinden beherrscht, richtet sich die Politik gegen die Interessen und Ideen der Millionen, deren Vertrauen die Sozialdemokratie genießt, so greifen wir zum schärfsten Mittel des Protestes. Die Staatsablehnung, ehemals als ein Ausdruck grundsätzlichen Protestes gegen die Militärmonarchie betrachtet, ist heute zur Waffe im Kampfe gegen den Mißbrauch der demokratischen Republik für die Zwecke des Großbesitzes geworden.

Sie soll den wirtschaftlich Schwachen, den Abhängigen, den Lastenträgern, den Schaffenden aller Berufe ein Flammezeichen sein, das sie aufruft, den Kampf mit uns zu führen für die Eroberung der demokratischen Republik, die wir ausbauen wollen zur sozialen Republik.

Der Untersuchungs-Ausschuß für Albanien.

Die von der englischen und französischen Regierung zur Untersuchung der Vorgänge in Jugoslawien vorgeschlagene Kommission ist jetzt gebildet worden. Sie besteht aus den Militärattachés der englischen und französischen Gesandtschaft und aus einem befristeten Mitglied der deutschen Gesandtschaft in Belgrad. Das Dreimänner-Komitee handelt ausschließlich nach den Instruktionen der einzelnen Regierungen. (Deutschland wäre wohl nicht zugezogen worden, wenn es nicht zuerst den Vorsitz im Völkerbundsrat führen würde. Red.)

Gegen den weißen Terror in Litauen.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat folgendes Telegramm abgeschickt:

„Ministerräsident Wolodemas, Kowno.
Das erweiterte Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beschloß in seiner Pariser Sitzung einstimmig schärfsten Protest gegen die Schande der Kriegsgerichtsbarkeit und die schamhafte Vollziehung von Todesurteilen in Litauen.
Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.
Köln.“

Landesverrats-Anklage in Frankreich. Fünf kommunistische Führer, darunter der zweite Sekretär der kommunistischen Gewerkschaft der Seine und der Vertreter der kommunistischen Arbeiter, wurden am Sonntag nachmittag unter dem dringenden Verdacht der Spionage verhaftet. Die Verhafteten sind in einer Waffenfabrik beschäftigt und werden beschuldigt, Landesverteidigungspläne in fremden Macht ausgeliefert zu haben.

Zuspitzung der Lage in China.

Ein englisches Kriegsschiff wechselt Kanonenfeuer mit Schanghai.

Nach einer Meldung aus Schanghai erfolgte die Beschichtung des britischen Zerstörers „Veteran“ durch Selbstgeschütze und Gewehre. Der Zerstörer antwortete mit seinen vier 4,7-Zentimeter-Geschützen. Im ganzen feuerte er achtzig Granaten ab, die einen Geschüttschaden zerstörten, eine Kaserne trafen und beträchtlichen Sachschaden anrichteten.

Rußland beruft seinen Vertreter aus Peking ab.

Moskau, 11. April. (Eigener Funkenbericht.)

Die Sowjet-Regierung hat dem chinesischen Kabinett in Peking am Sonntagabend eine scharfe Protestnote gegen den „Überfall“ auf das Gebiet der russischen Botschaft in Peking überreicht. In der Note wird angekündigt, daß bis zur Erfüllung der von Rußland geforderten Genugtuung die Sowjet-Regierung ihren Peking-Geschäftsträger mit dem gesamten Botschaftspersonal aus Peking abberuft und die nur die zur Erfüllung der Konsulatsgeschäfte erforderlichen Beamten dort belassen wird. In der Note werden schließlich vier Forderungen unter ausführlicher Schilderung der Vorgänge in Peking aufgestellt. Sie lauten:

1. Die chinesischen Militäraufgebote und die Polizei müssen unverzüglich aus den Räumen des Militär-Attachés, der Botschaftsangehörigen und der Handelsvertretung entfernt werden.
2. Sämtliche verhafteten Angestellten der Sowjet-Botschaft und der Wirtschaftsinstitutionen der Sowjet-Union müssen sofort freigelassen werden.
3. Sämtliche Dokumente, die in den Räumen des Militärattachés fortgenommen wurden, müssen unverzüglich zurückgegeben werden.
4. Effekten, Geld, Haushaltungsgegenstände, Bücher und sonst von der Polizei und den Militärkommandos geplündertes und beschlagnahmtes Gut muß den Eigentümern zurückgegeben werden.

In der Note heißt es schließlich, daß sich die Sowjet-Regierung jedes Alles schärferer Repression enthält, obgleich dazu die Möglichkeiten hinlänglich vorhanden wären.

Zurückdrängung der Kantontuppen.

Die letzten aus China eingetroffenen Meldungen lassen erkennen, daß der Rückzug, den der Vormarsch der Kantontuppen erlitten hat, ernster Natur ist. Am Sonntag haben die Nordtuppen den Yangtse bereits überschritten und sind in Tschienlang eingetroffen. Das bedeutet, daß es ihnen bereits gelungen ist, die Eisenbahnverbindung zwischen Schanghai und Hankow zu stören. Infolgedessen herrscht in Schanghai wieder Panikstimmung.

Aus aller Welt.

Freispruch im Prozeß um das abgehackte Bein.

Das Urteil im Prozeß gegen den Ingenieur Emil Marek und seine Frau Martha, das am Sonntagabend vom Schöffengericht gefällt wurde, lautet auf Freispruch. Soweit es sich um die Anklage des Versicherungsbetruges handelte, wegen Verleumdung und Verleitung zu einer falschen Zeugenaussage wurde Marek jedoch zu vier Monaten, seine Frau zu drei Monaten schwerem Kerker verurteilt. — Marek erhält also die Versicherungssumme von 400 000 Dollar ausgezahlt. Das Gericht hat ihm geglaubt, daß er sich den Verlust des Beines am Tage nach Inkrafttreten der Versicherung nicht absichtlich zugezogen hat, nach dem es ihm gelungen ist, die Zeugenaussage eines Unbeteiligten in diesem Sinne beizubringen und die Gutachten der Versicherung als mindestens zweifelhaft hinzustellen.

Kraubmord, um ein Motorrad zu kaufen.

Ein ungewöhnlich dreister Raubüberfall wurde am Freitagabend in Köln in der Teutoburger Straße ausgeführt. Zwei 20jährige Porzellanmaler lieferten dort einem alten Ehepaar eine bestellte Arbeit gegen Bargeld ab. Nach Erledigung des Geschäfts schlugen sie plötzlich mit einem Eisenrohr auf die beiden Leute ein und verletzten die Ehefrau sehr ernst, daß sie in der vergangenen Nacht verstarb, während der Ehemann selbst noch in Lebensgefahr schwelgt. Es gelang die Täter zu stellen und der Polizei auszuliefern. Sie bestrafen die Tötungsabsicht. Sie wollen die Tat begangen haben, um sich Geld für ein Motorrad zu verschaffen.

Ein großer Juwelen-Schmuggler in Berlin verhaftet.

Anfang des vergangenen Monats wurde in Berlin ein Ausländer verhaftet, der sich als Kaufmann Leon Lin aus Montevideo ausgegeben hatte. Jetzt stellt sich heraus, daß der Polizei ein besonders guter Fang gelungen ist. Der Verhaftete ist nämlich das Haupt einer internationalen Juwelen-Schmugglerbande, die in Europa und in Amerika in den letzten Jahren riesige Beträge verdient hat. Es handelt sich um Objekte, die in die Tausende von Dollars gehen.

Zwei neue Weltrekorde im Dauerschwimmen.

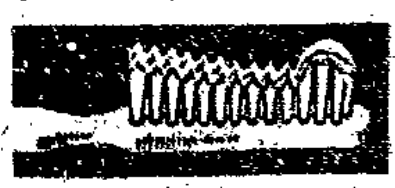
In Hamburg haben der Dauerschwimmer Otto Kämmerich und seine Schülerin E. Jenien die bisher bestehenden Weltrekorde im Dauerschwimmen verbessert. Während Fräulein Jenien den Rekord der Engländerin Miß Barret mit 23½ Stunden um eine halbe Stunde übertraffen hat, ist Kämmerich bereits seit 30 Stunden im Wasser und gebekkt noch zwei weitere Stunden zu schwimmen.

Schmugglerdrama in Norwegen.

Im Verlauf weniger Tage sind vor kurzem am äußeren Rande des Oslo-Fjords fünf Leichen an Land getrieben worden. Den norwegischen Behörden ist es nunmehr gelungen, die Persönlichkeiten der Toten festzustellen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß es sich um die Besatzung der Motorboot „Sten“ handelt, die am 18. Februar Frederikshavn mit einer Ladung Spirit verließen hatte, um sie nach Norwegen zu schmuggeln. Das Boot muß in einem der Februarstürme auf eine Klippe getrieben worden und zerlegt sein. Es handelt sich bei den Toten um drei Deutsche, einen Dänen und einen Norweger. Die Deutschen sind der Altonaer Kaufmann Klein, und ferner Frank Stult und Heinrich Märtens, beide ebenfalls aus Altona.

Chlorodont

Zahnbürsten



Zahnpaste

Die Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt paßt sich der natürlichen Rundung des Oebisses gut an, dringt in die engen Zahnzwischenräume und entfernt leicht alle Speisereste, den häßlichen Zahnbelag und beginnenden Zahnsteinansatz. Auch die hinteren Backen- und Weisheitszähne werden durch das halbrunde Borstenbüschel erfasst und geputzt. Lockere Zähne werden durch gleichzeitige Massage des Zahndrüsechens befestigt. — Die Chlorodont-Zahnpaste schon den kostbaren Zahnschmelz, verteidigt den Zähnen elendeharigen Hochglanz, bewirkt durch Sauerstoffsalze eine natürliche Mundreinigung und beseitigt üblen Mundgeruch bei herrlich erfrischender Pfefferminzgeschmack.

Chlorodont-Zahnbürsten 70 Pfg. und Mk. 1.25. Chlorodont-Zahnpaste 60 Pfg. und 1.00.

Familien-Anzeigen

Deutscher Verkehrsbund.
Am 6. April verstarb unser lang-jähriges Mitglied, der **Materiellen-Verwalter**
Baldwin Gerhardt
im Alter von 71 Jahren. 2313
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Geschäftsstelle Breslau.
Die Trauerfeier findet Dienstag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, in der Halle des Krematoriums statt.

Müh' und Arbeit war dein Leben,
Ruhe hat dir Gott gegeben!
Am 8. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, verschied plötzlich infolge Herzschlags unsere liebe, gute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante
verw. Frau Rosina Triller
geb. Reute
im Alter von fast 81 Jahren.
Breslau, Liegnitz, Brieg, 8. April 1927.
Friedr.-Wilhelm-Str. 67.
Die Heiratsverträge Kinder.
Beerdigung: Dienstag, 12. April, nachm. 3 Uhr, von der Halle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel.

Hermann Roth, Schneider-Artikel
Groß- und Kleinverkauf, Summelei 52 55. 70-55

Ostern in Berlin!
Billiger Sonderzug 4. Klasse
nach Berlin
16. bis 18. April
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt ab Breslau
14.80 RM. 2216
Näheres im Schrittel und Bahnhofsausgang
Reichsbahndirektion Breslau.

Wichtig! Getragene Herren-Anzüge von 8.50 RM.
Wichtig! sowie Neue Herren-Anzüge von 16.00 RM. an
finden Sie in größter Auswahl bei
D. Juliusburger
Kupfergasse 31. Gegründet 1877

Für die Karwoche
treffen täglich Zufahren
blutfrischer Seefische, Räucherwaren usw. ein
Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft

Nordsee
Unsere Geschäfte sind kenntlich an blauweißer Flagge mit gold. Schlüssel
Geschäftsführer Feodor Trapp

Near Bohrsaar Straße 2, an der Teichstraßen-Unterführung, 1 Minute vom Hauptbahnhof
Near Schmiedebriicke 19, rechts vom Ring aus
Near Neus Schweltditzer Straße 2a, rechts von der Gartenstraße aus
Near Andersonstraße 2, an der Friedrich-Wilhelm-Straße
Fernsprecher: Stephan 31840, 31841, 31842. Postfachkonto 3484
Legnitz, Breslauer Straße 27, neben Kristallpalast. Fernsprecher 3567

Lebende Spiegelkarpfen 98 Pf.
echt schlesische, 2 bis 3 Pfund schwer
Extra fetter blutfrischer Seelachs im Schnitt 28 Pfund
Extra fetter blutfrischer Kabeljau im Schnitt Pfund 30 Pf.
Feinste Fischkoteletts oh. Haut, oh. Gräten, Pid 60 Pf. ff. Backfische stets heiß Pfund 65 Pf.
Lebende Hechte, lebende Schleien, geschlagene Hechte, Zander, Lachs und vieles andere ebenfalls billigst.

Unsere Spezialität: **Beste, fetteste Spickhade!!**
Extrastärke im Ganzen 280 Pf. Extrastärke im Ganzen 380 Pf.
Serie 3 im Schnitt Pfund 320 Pf. Serie 1 im Schnitt Pfund 440 Pf.
ff. Butterante Band 100 Gramm 40 Pf. Band 200 Gramm 120 Pf.
Kleinere 100 g 65 Pf. 125 g 85 Pf. 200 g 140 Pf. 250 g 190 Pf. 300 g 230 Pf.
Gründonnerstag öffnen wir 1/2 7 Uhr
Bitte kommen Sie richtig und schon am Mittwoch, denn gibt es kein Gedränge.

Bücherfreunde
sollten sich stets der täglichen Neueingänge billiger Bücher in der **Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III**
Neue Graupenstraße 5, erinnern.

Stadttheater
Montag 8 Uhr:
16. Abn. Vorstellung
Serie B
„Die Regiments-
tochter“
Dienstag 8 Uhr:
„Der Mitabo“
Mittwoch 8 Uhr:
17. Abn. Vorstellung
Serie B 7304
**Sannaes
Himmelfahrt
Scheberazade**

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Montag, Dienstag,
abends 8 Uhr:
**Herodes
und Mariamne**
Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Montag, Dienstag,
abends 8 Uhr:
„Moral“

Sofort Geld
aus Pfänder 7267
Leihhaus Rother
Brandenburger Straße 24.

Lachen links!
Das Witzblatt
der Republik
Heft 25 Plonaige.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“ und die Zeitungsträgerinnen.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 7203
Tel. Stephan 36300.
Täglich 8 Uhr:
Der große
durchschlagende Erfolg!
„Adieu,
Mimi!“
Oster-Spielplan
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Virtusprinzessin.
Montag, nachm. 3 1/2 Uhr:
In neuer Vorbereitung!
Die teuflische Susanne.
Sonntag und Montag
abends 8 Uhr:
„Adieu,
Mimi!“

Lieblich-Theater
Telefon: Stephan 36646
Täglich 8 Uhr:
Der sensationelle Erfolg des
**April-Variété-
Programmes.**
U. a.:
Zum 1. Male in Deutschland!
**Die Welt-Attraktion
Gaston Palmer**
humoristische Fangspiele
u. das große Programm
Einkaufspreis von 50 Pf. an
Jeden Sonn- u. Feiertag
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Familien- u. Kinder-Vorstellung
Das volle Programm
zu ermäßigten Preisen.

Oberbett, 2 Rippen
mit rotem Inlett 108
für 24.00 RM. zu verkaufen
Freiburger Str. 5. hp. linke

Genossen!
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht!

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausgängern.

Soeben erschienen!



**IM WEITER-
U. WASSERWINKEL**

VON CARL SEVERING

STAATSMINISTER a. D.

In Halbtainen gebunden. 256 Seiten, Grossoktav

Preis:
Mk. 4.75

Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstraße 5 + Neue Taschenstraße 11

**Bücherkreis-
Buchkarte!**
Sonder-Angebot!

Wir machen es für kurze Zeit jedem möglich, die wertvollen Veröffentlichungen des Bücherkreises zu erwerben. Bei Zahlung von nur 50 Pf. wöchentlich können Sie 9 Bände sofort auf Buchkarte mitnehmen. Jeder Band ist auch einzeln verkäuflich. Da nur eine beschränkte Anzahl von Exemplaren zur Verfügung steht, machen Sie bitte sofort Gebrauch von diesem Angebot.

- | | |
|---|--|
| Band I
Friedrich Wendel, Das neunzehnte Jahrhundert in der Karikatur | Band VII
Annie Franco-Harrar, Tier und Liebe |
| Band II
Martin Andersen Nexø, Sühne | Band VIII
Friedrich Wolf, Kreatur |
| Band III
Paul Zech, Die Geschichte einer armen Johanna | Band IX
H. D. Stolze, Angela |
| Band IV
Raoul S. Franco, Das Land der Sehnsucht | Band X
Hermann Horn, Die Dämonen und das blaue Band |
| Band V
Maxim Gorki, Der Sohn der Nonne | Band XI
Friedrich Wendel, Das Schellengläut (Kulturkritische Karikaturen) |
| Band VI
Richard Roldi, Die Arbeitswelt der Technik | |

Jeder Band auf holzfreiem Papier sauber gedruckt und in Ganzleinen gebunden Mk. 3.00

Volkswachtbuchhandlung Neue Graupenstraße Nr. 5

Kleine Anzeigen

In der „Volkswacht“ haben **Stellen-Angebote** infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Sind komplexe gezielte einseitige Anzeigen von Zeitungen, Kaufleuten u. a. nur von Privatisten. Wort 3 Pfennige, Letz 4 Pfennige

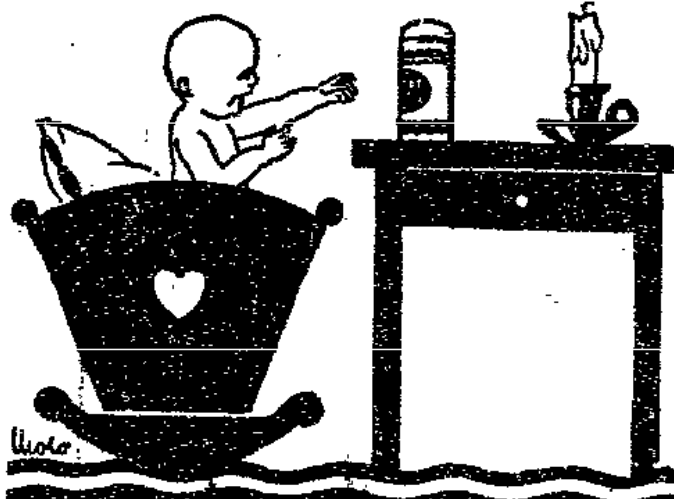
Verkaufe, fast neu Gehradanzug, Gaszuglampe, Küchengerät, Bügelständer, Kinderbüste, Bringmaschine, Zierstisch. Beichtigung 12 bis 3 Uhr. Freitag, Bubbe-straße 10, III.

Über taucht gebr. Schuhmachermaschine gegen 1 geb. gr. Singer Nähmaschine Off. unter St. 359 an die Geschäftsstelle b. 3tg. Kurfir. 4.

GEBURTS-
VERLOBLINGS-
HOCHZEITS-
TODES-
ANZEIGEN

liefert schnell die

Volkswacht-Buchdruckerei
Flurstraße 4/6, Fernruf Ring 1206 u. Ohle 3973



Möchten Sie ein Kind?

Dann denken Sie rechtzeitig daran, was das Kind möchte. Es möchte gepudert werden mit dem echten

Kukirol-Streupuder

Es schreit dann weniger, denn die wunde Haut verursacht dem kleinen Wesen große Schmerzen. Beutel 50 und 50 Pfg. Blechdose 75 Pfg. Spar-Packung, 1 Pfund Inhalt, nur Mk. 2.50. Der Kukirol-Streupuder ist ein vorzüglicher Wundpuder für Kinder und Erwachsene. Sie erhalten ihn in fast allen Apotheken und besseren Drogerien. Kukirol-Fabrik Kurt Krippl, Groß-Satze.

Bestimmt vorzüglich: Gloria-Drogerie, Sternstraße 94; Gneiss-Drogerie, Gneissplatz 4; St. Georgen-Drogerie, Habensstraße 82; Liane-Drogerie, Kleischkastraße 22; Opitz-Drogerie, Gabitzstraße 87/89; Drogerie zur Post, Poststraße 9; Reich-Drogerie, Trebaltner Straße 46; Drogerie Oskar Reymann, Neumarkt 18; Drogerie Max Schütze Nachf., Klosterstraße 97; Wäldchen-Drogerie, Rosenthaler Straße 16.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. April.

Kunstenthusiasmus der Enterbten.

Es ist Vormittag im Konzerthaus. Während die Aufräumefrauen damit beschäftigt sind, Treppen und Gänge rein zu fegen, versammelt sich im Saale das Schloßsche Landesorchester zur Generalprobe. Beethoven's „Neunte“, die am Tage zuvor vor ausverkauftem Saale gespielt wurde, soll am Abend — für den wiederum sämtliche Plätze verkauft sind — wiederholt werden. Die Probe geht vor leeren Bänken vor sich, sämtliche Saalgangstüren sind verschlossen.

In einer dieser Türen im ersten Stock sitzt still ein junger Mann, in dürftiger Kleidung, und preßt sein Ohr von außen an das Holz.

Unterdesse hat Professor Dohrn das mit einem Schutzgitter ausgestattete Dirigentenpult betreten und gibt mit dem Taktstock das Zeichen zum Beginn.

Aus der jungen Mann an der Tür lauscht wie verückt den herrlichen Klängen, preßt sein Ohr nur noch fester an die Tür und vergißt in seinem Entzückungszustand für des Meisters lechte und bedeutendste Symphonie all sein Elend, so daß sich Beethoven's Wort hier zu erfüllen scheint: „Wenn meine Musik sich verständig macht, der muß frei werden von all dem Elend, womit sich die anderen schleppen.“

In aller Welt feierte man den hundertsten Todestag Beethoven's. Mit Recht betonte ein Musikkritiker: Es sei dahingestellt, ob die teils laute, teils snobistische Beethovenverherrlichung dieser Tage von echter Ergriffenheit zeugt und nicht auch etwas das schlechte Gewissen der Nationalität vor dieser einsamen Größe beweist. Auch in Breslau ist Beethoven gefeiert worden und wer die vornehmen Autos vor dem Konzerthaus gesehen hat, dem müßten Zweifel aufsteigen, ob sich allen diesen Herrschaften auch wirklich der tiefe Sinn Beethoven'scher Kunst erschließt und ob sie die Berechtigung zum Beethovenidol haben. Wenn Beethoven, der sich sein Leben lang mit Not und Entbehrung herumkämpfte, heute noch lebte, würde er dann nicht den armen Teufel an der verschlossenen Saaltür bei der Generalprobe weit höher bewerten und einschätzen als jene Vielzweier, die Beethoven nur aus äußeren Beweggründen feiern und verehren?

Es liegt doch ein gewichtiger Unterschied in wahrhafter Beethovenverehrung, die sich auf Liebe und Verständnis stützt und modischem Beethovenrummel, der nur abgesehen und abstoßend wirkt.

Im Jahre 1818 schrieb Beethoven: „Ich bin beinahe an der Arbeitstafel gebracht, darben kann ich nicht leben, geben muß ich,“ und Spohr erzählt, Beethoven habe seiner durchgelaufenen Sohlen wegen nicht ausgehen können.

Beethoven, der also die Armut von Jugend an am eigenen Leibe spürte, hatte ein Herz für die Armen, denen er mit seiner Kunst das Leben verschönern und durchschonen wollte.

Die Liebe zu echter Kunst ist gerade in den Kreisen der Ärmsten stärker, als man gemeinhin glaubt. Noch viel zu wenig wird diesem großen Bildungsverlangen Rechnung getragen, wenn auch anerkannt werden muß, daß billige Konzerte im Wagnersaal und Aufführungen im Stadttheater für Erwerbslose schon wiederholt stattgefunden haben.

Auch an die Veranstaltungen des Bildungsausschusses unserer Partei sei in diesem Zusammenhang erinnert.

Im Sommer sieht man übrigens viel arme Kunstenthusiasten als „Jungaffe“ bei den Konzerten im Südpark und an der Jahrhunderthalle.

Auch im Stadttheater kommt es ab und zu vor, daß ein armer Schuder, dem es auf ein Stehgallerbillet für 70 Pfennige beim besten Willen nicht langt, „Lohengrin“ oder „Die Regimentschüler“ an einer der eisernen Türen von außen genießt. Unverständige und überhebliche Menschen, die noch nie in ihrem Leben geschmeckt haben, nennen diese armen Zaun- und Türhörer „Nassauer“.

Doch unter diesen „Nassauern“ sind in der Tat die echten Kunstbegeisterten zu suchen und wer wollte ihnen daraus im Ernst einen Vorwurf machen, daß sie sich trotz ihrer Armut der Kunst nähern wollen? Nicht Spott, sondern Achtung gebührt diesen Armen, die sich bei all ihrer Not noch Sinn und Interesse für Höheres zu bewahren wissen. Wir Sozialisten streben es ja unablässig an, daß allen Menschen, auch den Ärmsten, die Werke unserer großen Meister in Tonkunst und Dichtung zugänglich werden und daß nicht, wie es eben heute leider noch ist, derjenige davon ausgeschlossen bleibt, der arm ist.

Nein, die Kunst dem Volke, nicht bloß den Besitzenden! Das bleibt allezeit eines der Ziele sozialistischer Arbeit.

Wohnungsbau mit amerikanischem Kapital?

Zu dieser Frage schreibt das städtische Pressebüro: Von amerikanischen Konzernen werden zurzeit deutschen Großstädten Vorschläge unterbreitet, wonach von den amerikanischen Geldgebern Wohnungsneubauten in großem Umfang errichtet werden sollen. Die Wohnhausbauten sollen den Städten vermietet werden und später in deren Eigentum übergeben. Von gewisser Seite wird auf dieses Angebot hingewiesen und die Auffassung vertreten, daß sich hier ein geeigneter Weg zur raschen Behebung der Wohnungsnot ohne übermäßige finanzielle Beanspruchung der Städte böte, natürlich sei wieder nur die bürokratische Schwerfälligkeit von Reich, Ländern und Städten, ihre Neigung, an der Hauszinssteuer festzuhalten, daran Schuld, daß man den neuen, von den Amerikanern eröffneten Weg, nicht beschreite.

Demgegenüber mag festgestellt werden, daß die amerikanischen Angebote bisher für die Städte durchaus nicht verlockend sind. Es handelt sich bei der vorgeschlagenen Transaktion um nichts anderes als eine Art amerikanische Wohnungsbauleihe. Die von den Städten zu entrichtende „Miete“ der hergestellten Wohngebäude ist nichts anderes als Verzinsung und Tilgung des von den Amerikanern investierten Kapitals. Bis her ist aber nicht festzustellen gewesen, daß der sich hiernach ergebende Zinsjah etwa niedrig bemessen wäre. Ebenfalls ist irgendeine Gewähr dafür geboten, daß die Wohnungsbauten tatsächlich bei qualitativ gleich guter Herstellung wesentlich billiger hergestellt werden, als die nach dem bisherigen Verfahren gefertigten Wohnneubauten. Was besonderer Nachsicht würde sich die Tatsache ergeben, daß die Städte als Vermieter eingekauft werden und damit nicht nur das gesamte Risiko der Mieterverluste, sondern vor allen Dingen auch die überaus unersetzliche Stellung übernehmen: müßten, die eine öffentliche Körperlichkeit als Vermieter nun einmal hat; man denke hier insbesondere an die künftig noch notwendig werdenden Mietssteigerungen. Auch die Aussicht, nach Jahrzehnten große — natürlich heruntergewirtschaftete — Mietshauskomplexe als Eigentum zu erhalten, ist für die Städte alles andere eher, als verlockend. Wenn als Vorteil des von den Amerikanern vorgeschlagenen Verfahrens angeführt wird, daß hier doch von den Amerikanern ohne jede staatliche Unterstützung gebaut werde, so wird dabei nur übersehen, daß die amerikanischen Geldgeber dies allerdings tun können, wenn ihnen, wie dies verbannt wird, von den Städten die Verzinsung und Tilgung ihres Kapitals durch die sogenannte „Miete“ garantiert wird. Die sich daraus ergebenden Verluste, daß die Wohnungen in Wirklichkeit nicht zu einer den Herstellungskosten entsprechenden Miete, sondern

Die Schlacht am Striegauer Platz.

Die gegenwärtige Aussperrung der Metallarbeiter ruft Erinnerungen an jene Vorgänge vom 19. April 1906 wach, die sich ja in diesen Tagen wieder einmal jähren. Die Polizei des Dr. Bientke hatte kurz vorher in ihrem Kampfe gegen die Arbeitererschaft zwei schwere Niederlagen erlitten und war dadurch besonders nervös geworden. In einem zähen Boykott hatte sich die Arbeitererschaft alle Säle von Breslau und Umgegend erobert. Die Feigheit der Saalbesitzer, die aus Angst vor polizeilichen Schikanen unserer Partei ihre Säle verweigerten, war dem Mute der Verzeiwung gewichen, als die Säle wochenlang leerstanden. Einer nach dem andern verpfändete sich, nimmehr den Saal zu Verammlungen herzugeben. Noch blamabler für Dr. Bientke und seine Blauen war die Niederlage im Kampfe mit den Breslauer Droschkern. Ihnen sollte eine neue Fahrordnung aufgezwungen werden, die aber durch einen Streik abgewehrt wurde. Tagelang machte die Stadt infolge des Droschkerstreiks einen stillig toten Eindruck. Das Reisepublikum und die Geschäftswelt ächzte, und schließlich mußte Dr. Bientke nachgeben. Da galt es, das Ansehen der blauen Staatsmacht durch irgendeinen Gewaltakt wieder herzustellen und diese Gelegenheit sollte sich bald am Striegauer Platz finden.

Am 3. April hatten die Former und Sicherungsarbeiter der Breslauer Maschinenbauanstalt die Arbeit niedergelegt, um eine Verbesserung der Löhne zu erreichen. In den Verhandlungen erklärte Direktor Keumann, wenn bis zum 11. April die Arbeit in seinem Betriebe nicht wieder aufgenommen sei, würden an diesem Tage sämtliche Sicherungsarbeiter sein. Wenn auch dann die Arbeit noch nicht aufgenommen werde, würden am 19. April alle anderen Betriebe geschlossen werden. Von irgendwelchem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Streikenden war keine Spur.

Da die Arbeiter nicht bedingungslos zu Kreuze trocken, machten die Unternehmer ihre Drohung wahr. Am 12. April wurden alle Former und Sicherungsarbeiter, und am 19. April, einem Donnerstag, alle Metallarbeiter ausgesperrt, bis auf die Unternehmerräte der christlichen Gewerkschaften und Fachabteilungen. Die Aussperrung traf rund 6000 Arbeiter.

Vor den Fabriken bildeten sich im Laufe des Tages mehrfach Ansammlungen, teils von Ausgesperrten, teils von Neugierigen. Am Striegauer Platz hatten sich gegen Feierabend eine große Zahl von Ausgesperrten eingefunden, um die aus der Lindeisen Waggonfabrik herauskommenden Arbeitswilligen zu erwarten, und sie zur Teilnahme an der Bewegung zu veranlassen. Zahlreiche Anorganikerte hatte bei Beginn der Aussperrung sofort ihr Ehrgefühl zur Solidarität mit den gemargelten Kollegen verbunden. Man durfte annehmen, daß andere bei gutem Zuspruch dasselbe tun würden, so daß gegen die Arbeitswilligen zunächst gar keine feindselige Stimmung bestand. Die Leute kamen aus der Fabrik auch ganz ruhig und friedlich heraus, sie fühlten von selbst, welche Rolle ihnen das Unternehmertum zumuten wollte. Einige schnitten allerdings gegenüber den Ausgesperrten

höhnische Grimassen und suchten diese zu verspotten. Ein Ausgesperrter warf ihnen ein Stück Brot hin mit den Worten: „Hier habt ihr, wenn ihr denkt, ihr würdet verhungern“. Das war der einzige „Zwischenfall“, der sich ereignet hatte. Inzwischen war die Ansammlung durch neugierige Frauen und Kinder sehr groß geworden und die Schaulustigen piffen und jöhlen. Die Polizei forderte nun alles zum Weggehen auf, was bei der Größe des Menschenandrangs aber leichter zu befehlen als zu befolgen war. Inzwischen hatte die Polizei bereits um Verstärkung aus anderen Quartieren ersucht, und als sich etwa hundert Schaulustige und zehn Berittene eingefunden hatten, erlöste von einem Polizeileutnant das Kommando „March! March!“ Sofort drangen die Schaulustigen mit gezogenem Säbel in die Menge ein und die Berittenen ritten mit ihren Pferden in die Menschenhaufen. Auch damals gab es unter den Schaulustigen neben besonnenen Männern allerhand rohe und abenteuerlustige Gesellen. Ihnen kam der Vorfall gerade recht, um ihre Tüchtigkeit zu beweisen. Wie die Polizei gehäuft hat, davon zeugte eine 74 Schritt lange, ununterbrochene Schlacht, die sich vom Striegauer Platz auf dem Bürgersteige der Friedrich-Wilhelm-Straße nach der Stadt hinzog.

Der Menschenhaufe stob auseinander, aber, mit dem ersten Blutvergießen noch nicht genug, nahm die Polizei die Verfolgung der wehrlosen Menschen durch die ganze Nikolaivorstadt vor. Fast alle Straßen zeigten Blutspuren. Briefkästen, Hauswände und Haustüren zeigten Spuren von Säbelhieben. Die Verfolgungen wurden bis in die Häuser fortgesetzt. Im Hause Hildebrandstraße wurde einem gänzlich Unbeteiligten, dem Bierkellerer Biewald, die Hand durch einen Säbelhieb abgehackt. Die Hand wurde von Flüchtlingen aufgehoben. Die Polizisten drohten mit dem Revolver zu schießen, wenn die Frauen in den Etagen die Fenster nicht zumachten. Sie schloffen auch wirklich. In der Schweigerstraße durchschlugen Kugeln die Scheiben und drangen in die Stubendecke.

Vom Striegauer bis zum Wachtplatz, und von der Friedrich-Wilhelm-Straße bis zur Kurzeasse, wütele das Gemetzel, überall keine blutigen Spuren hinterlassend. Um 7 Uhr mußten vor dem ganzen Nikolaiviertel alle Häuser, alle Läden und Restaurationen geschlossen werden. Um die gleiche Zeit erschien die Feuerweh mit der Spritze auf dem Platze, um etwaige Ansammlungen zu vertreiben, fand aber nichts mehr zu tun. Später schaffte sie Ambulanzwagen heran, um die Verwundeten aufzunehmen. 44 Verwundete wurden in die Krankenhäuser gebracht, von denen zwei tödlich verwundet waren.

Damit nicht genug, wurde den unglücklichen Opfern auch noch ein Prozeß von riesenhaftem Ausmaße gemacht, der aber eine schwere Klamage für die Polizei bedeutete. Immerhin hat mancher Unschuldige noch monatelange Gefängnisstrafen erleiden müssen. Den Handabhaber hat Dr. Bientke's Polizei in ihren Reihen zu verbergen gewußt. Er war nie aufzufinden.

Bei dieser Sachlage erscheint es allerdings wesentlich zweckmäßiger, auf dem durchaus bewährten, bisher eingeschlagenen Wege weiter fortzuschreiten und die Wohnungsbauten möglichst ohne Einschränkung der Städte als Bauherren oder Vermieter, von privaten Unternehmern, gemeinnützigen Unternehmungen usw. finanziert zu lassen, und zwar unter Heranziehung des Kapitalmarktes, soweit aus ihm Mittel zu gewinnen sind, und unter Bereitstellung der etwa noch sonst erforderlichen Restmittel aus dem Hauszinssteuerertrag. Der Tatsache, daß auf diesem Wege erfreuliche Erfolge erzielt sind und bei planvollem Fortschreiten die Wohnungsnot wirklich in verhältnismäßig wenigen Jahren wird behoben werden können, kann sich niemand verstellen, der aufmerksam die Entwicklung unserer Wohnungsbautätigkeit verfolgt. Ist die Heranziehung von Auslandsgeld notwendig, so können an der Finanzierungsmöglichkeit beschränkt werden; hierzu gehört insbesondere die Eröffnung des Auslandsmarktes; unsere Pfandbriefe, die von den Reichsinstanzen durch Befreiung solcher Pfandbriefe von der Kapitalertragssteuer wirksam gefördert werden könnten.

Der Schloßsche Verkehrsverband teilt uns mit: Wie alljährlich haben wir uns auch jetzt wieder an sämtliche Reichsbahndirektionen Norddeutschlands mit der dringenden Bitte gewandt, möglichst viele billige Sonderzüge nach Schlessen und zwar nach den verschiedensten Teilen, insbesondere nach seinen Gebirgen und Bädern, im Sommer verkehren zu lassen. Wir haben unter Ueberwindung von Werbeschwierigkeiten darauf hingewiesen, daß Schlessen eins der schönsten Länder Deutschlands, daß es aber immer noch wenig bekannt ist, daß ferner die Ablosung billiger Sonderzüge im Interesse der Reichsbahnverwaltung selbst liegt, weil bei genügender Propaganda eine starke Benutzung der Züge zu erwarten ist.

Die Werbung für die Züge wollen wir selbst mit übernehmen und zwar, wie wir dies wiederholt getan haben, durch Anzeigen in den Zeitungen der Orte, von denen Sonderzüge abgefahren werden und durch unentgeltliche Abgabe von Werbeschriften an den Fahrkartenausgabestellen.

Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß auch im nationalen Interesse die Förderung des Besuches Schlessens dringend erwünscht ist.

Die Reichsbahndirektion Breslau veranstaltet zu Ostern wieder eine billige Sonderfahrt nach Berlin in folgendem Fahrplan:

Hinfahrt 16. 4.		Rückfahrt 18./19. 4.
3,17	ab Breslau-Hbf.	an 6,06
4,21	an Piesnitz	an 5,58
4,26	ab Piesnitz	an 5,54
9,25	an Berlin Schles. Hbf.	ab 11,50
9,35	an „ Alexanderplatz	11,35
9,42	an „ Friedrichstr.	11,30
9,53	an „ Zoo	11,17
10,02	an „ Charlottenburg	11,09

Heute abend 8 Uhr
in den bekannten Lokalen

Abteilungsversammlungen der Partei

Wichtige Tagesordnung! Jeder hole sich Aufklärung u. Wissen!

wesentlich niedriger vermietet werden können, müssen natürlich wiederum die Städte tragen.

Bei dieser Sachlage erscheint es allerdings wesentlich zweckmäßiger, auf dem durchaus bewährten, bisher eingeschlagenen Wege weiter fortzuschreiten und die Wohnungsbauten möglichst ohne Einschränkung der Städte als Bauherren oder Vermieter, von privaten Unternehmern, gemeinnützigen Unternehmungen usw. finanziert zu lassen, und zwar unter Heranziehung des Kapitalmarktes, soweit aus ihm Mittel zu gewinnen sind, und unter Bereitstellung der etwa noch sonst erforderlichen Restmittel aus dem Hauszinssteuerertrag. Der Tatsache, daß auf diesem Wege erfreuliche Erfolge erzielt sind und bei planvollem Fortschreiten die Wohnungsnot wirklich in verhältnismäßig wenigen Jahren wird behoben werden können, kann sich niemand verstellen, der aufmerksam die Entwicklung unserer Wohnungsbautätigkeit verfolgt. Ist die Heranziehung von Auslandsgeld notwendig, so können an der Finanzierungsmöglichkeit beschränkt werden; hierzu gehört insbesondere die Eröffnung des Auslandsmarktes; unsere Pfandbriefe, die von den Reichsinstanzen durch Befreiung solcher Pfandbriefe von der Kapitalertragssteuer wirksam gefördert werden könnten.

Sommersonderzüge nach Schlessen.

Der Schloßsche Verkehrsverband teilt uns mit: Wie alljährlich haben wir uns auch jetzt wieder an sämtliche Reichsbahndirektionen Norddeutschlands mit der dringenden Bitte gewandt, möglichst viele billige Sonderzüge nach Schlessen und zwar nach den verschiedensten Teilen, insbesondere nach seinen Gebirgen und Bädern, im Sommer verkehren zu lassen. Wir haben unter Ueberwindung von Werbeschwierigkeiten darauf hingewiesen, daß Schlessen eins der schönsten Länder Deutschlands, daß es aber immer noch wenig bekannt ist, daß ferner die Ablosung billiger Sonderzüge im Interesse der Reichsbahnverwaltung selbst liegt, weil bei genügender Propaganda eine starke Benutzung der Züge zu erwarten ist.

Die Werbung für die Züge wollen wir selbst mit übernehmen und zwar, wie wir dies wiederholt getan haben, durch Anzeigen in den Zeitungen der Orte, von denen Sonderzüge abgefahren werden und durch unentgeltliche Abgabe von Werbeschriften an den Fahrkartenausgabestellen.

Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß auch im nationalen Interesse die Förderung des Besuches Schlessens dringend erwünscht ist.

Ostern in Berlin.

Die Reichsbahndirektion Breslau veranstaltet zu Ostern wieder eine billige Sonderfahrt nach Berlin in folgendem Fahrplan:

Hinfahrt 16. 4.		Rückfahrt 18./19. 4.
3,17	ab Breslau-Hbf.	an 6,06
4,21	an Piesnitz	an 5,58
4,26	ab Piesnitz	an 5,54
9,25	an Berlin Schles. Hbf.	ab 11,50
9,35	an „ Alexanderplatz	11,35
9,42	an „ Friedrichstr.	11,30
9,53	an „ Zoo	11,17
10,02	an „ Charlottenburg	11,09

Jahrpreise: ab Breslau 14,80 Mark, ab Piesnitz 12 Mark, ab Sagan 8,40 Mark, ab Sorau 7,80 Mark, ab Sommerfeld 7,20 Mark. Fahrkarten werden bei den Fahrkartenausgabestellen Breslau Hbf., Freiburger Bahnhof, Overtorbahnhof, Neue Schwednitzer Straße 6 und Schwednitzer Stadtgraben 13 und auf den vorgenannten Haltestationen ausgegeben und können auch durch Vermittlung der örtlichen Fahrkartenausgaben bei den vorgenannten Stellen bestellt werden.

Auf dem Ausstellungsgelände am Rafferdam in Berlin wird am 16. April die Wochenendausstellung eröffnet. Außerdem sind für die Teilnehmer der Sonderfahrt Kunstfahrten durch Berlin vorgesehen und werden ermäßigte Preise in Hotels und Theatern gewährt.

Das Verkehren des Sonderzuges nach Berlin wird auch wieder durch den weißen Wimpel mit dem schwarzen S auf dem Hauptbahnhof angezeigt, während durch den gleichen Wimpel auf dem Freiburger Bahnhof diesmal der Sportsonderzug nach dem Riesengebirge angekündigt wird.

Achtung, Erwerbslose!

In der Osterwoche werden die Sprechstunden für Erwerbslose nur am Montag, Dienstag und Mittwoch im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses von 9 bis 11 Uhr vormittags abgehalten.

Erwerbslosen-Kommission der SPD.

Kassenstich der Arbeiterbank am Ostermontag.

Uebereinstimmend mit dem Vorgehen der übrigen hiesigen Banken sind auch die Schalter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Breslau, Margaretenstraße 17 (Gewerkschaftshaus) am Ostermontag vollständig geschlossen. Gleichzeitig sei noch mals daran erinnert, daß vom 1. April ab die Schalter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Breslau, täglich von 8 1/2 Uhr bis 1 Uhr und 3 1/2 Uhr bis 6 Uhr geöffnet sind. Mittwoch und Sonnabend nachmittag geschlossen.

Note Frontkämpfer haben Klassenbewußtsein!

Von der Leitung des S.A.B. wird uns geschrieben: Am gestrigen Sonntag befand sich die Scheiniger Abteilung des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes in Schwowitz zur Werbearbeit. Bei den Schwowitzern Genossen war diese ohne Erfolg und das war scheinbar der Grund, eine von Schwowitz nach Tawallen und über Schwowitz heimkehrende Abteilung des Sozialistischen Kampfbundes planmäßig zu überfallen. In der Mitte des Dorfes Schwowitz stürzten R.F.K.-Leute, sogar mit „Loischlägern“ bewaffnet, auf die an der Spitze marschierende Kapelle des Juges, schlugen in die ersten hinein und verletzten die Instrumente zu entzweien. In das Handgemenge war bald die ganze Abteilung verwickelt. Nur dem energischen Eingreifen der S.A.B.-Leitung, die später von einigen R.F.K.-Leuten unterstützt wurde, gelang es, das Handgemenge zu beenden. Berantwortliche Führer der Frontkämpfer waren nicht zu ermitteln. Profetariat, wendet euch gegen diese Art des Klassenkampfes! Denn unter solchen Umständen müßte das Schicksal nach einer roten Einheitsfront nichts. Die Frontkämpfer haben es auch vorgezogen, nach diesem Vorfall Schwowitz zu verlassen, denn die gesamte Bevölkerung empörte sich über so ein Benehmen. Was wird die R.F.K.-Bezirksleitung gegen die Verantwortlichen unternehmen?

Gegen Schnüpfen hilft Forman

Jugendwerk in Werkstatt und Schule.

Die vom Breslauer Innungsausschuss im Ausstellungshaus vor der Jahrhunderthalle veranstaltete Ausstellung von Lehrplänen und Gesellenstücken wurde gestern vormittag 11 Uhr in Anwesenheit von Vertretern der Behörden, Köpfer, Schuster und der Presse eröffnet.

Die Ausstellung ist unter großer Mühe und einem erheblichen Kostenaufwand zusammengebracht worden. Neben den erwähnten Lehrplänen und Gesellenstücken enthält sie eine historische Abteilung, zu der die Breslauer Museenverwaltung und das Stadtmuseum beigetragen haben, und weiter sind die Breslauer Berufsschulen sowie das Berufsamt der Stadt Breslau mit anschaulichem Material vertreten.

Die Steinseher haben ihre Plasterproben vor den Eingang zur Ausstellung gelegt. Die Kuppelhalle ist mit Grün und den Fahnen der Innungen geschmückt. Man wendet sich beim Rundgange am besten nach rechts und kommt zunächst zu den Innungsausschüssen. Sie erinnern an die mittelalterliche Blütezeit des Handwerks, und sind teils noch im Besitz bestehender Innungen, teils dem Altertümern und dem Stadtmuseum entliehen.

Man kommt dann zu Gesellenstücken von Konditoren, allerdings Nachbildungen, da die Originale inzwischen aufgehört wurden. Damenschneider, Schneider, Kürschner und Schuhmacher zeigen, wie die Leute heute bekleidet gehen könnten, wenn sie das nötige Geld hätten. Ja, wenn letzteres nicht in so wenigen Händen wäre, dann könnte das Handwerk schon gedeihen.

Die halbe Ausstellung ist hinter uns, als wir zu dem Pavillon des Baugewerbes gelangen, an dem Maurer, Zimmerer und Dachdecker zeigen, wie ein Haus entsteht. Nebenbei zeigen die Buchbinder geschmackvolle Arbeiten, aber dann geht es weiter zu den Bauberufen der Installateure, der Schlosser, Klempner, Töpfer, daneben der Schmiede, Kupferschmiede und Gütler, worauf man zu den Holzgewerken kommt.

Sind wir auch nicht in allen Gewerben sachverständig, so konnten wir doch in sehr vielen Fällen feststellen, daß die Leistungen, zum Teil von Lehrlingen im dritten Lehrjahre, zum Teil bei der Gesellenprüfung, recht achtbar waren. Der Besuch ist allen zu empfehlen, besonders auch Eltern, die mit ihren Kindern eine Berufswahl treffen sollen.

Kadrennen in Grüneiche.

Bei trübem Himmel knatterten gestern zum ersten Male wieder die Motoren. Der Besuch war, dem Wetter entsprechend, leblich. Das Rennen war von keinem besonderen Interesse. Einige interessante Kämpfe lieferten sich Bauer und Lämpfi. Während es im Kleinen Frühlingspreis Bauer gelang, Lämpfi die Spitze abzugeben, so war es ihm im Großen Frühlingspreis nicht möglich, den jähren Widerstand des Kleinen Schweizer zu brechen.

Hauptfahren für Amateure: 1. Kieglisch. 2. Traub. 3. Preuß. 4. Geuner. 5. Dietrich. 2. Traub. 3. Krollmann. 4. Hanke. Punktfahren für Berufsjäger: 1. Krollmann 18 Punkte. 2. Weber 12 Punkte. 3. Knappe 8 Punkte (Reisende). 4. Schneider 7 Punkte. 5. Voelckel 6 Punkte. Kleiner Frühlingspreis: 1. Bauer. 2. Thomas. 3. Krollmann. 4. Traub. 5. Lämpfi. Vorgabefahren für Amateure: 1. Preuß. 2. Traub. 3. Jocke. 4. Kieglisch ging als erster durchs Ziel, wurde aber wegen Behinderung disqualifiziert. Großer Frühlingspreis: 1. Lämpfi. 2. Bauer. 3. Krollmann. 4. Thomas. 5. Weiß. Lämpfi führte das Rennen von Anfang bis Ende.

Wie bereits gemeldet, hat Max Stupinski sämtliche Nachwuchs-Dauerfahrer Deutschlands zum Kampf hinter der Rolle herausgefordert. Nachdem als erster Karl Hauke diese Herausforderung angenommen hat, haben sich nunmehr auch die Breslauer Dauerfahrer Schubert und Aders bereit erklärt, gegen Stupinski den Kampf aufzunehmen.

Der Kleinfahrertransport hat in den letzten Jahren in Deutschland weitestgehende Verbreitung gefunden. Seine Organisationen sind zu einem Teil offene Organe des Kommunismus, zum anderen Teil, die den bürgerlichen Sportverbänden angegliedert sind. Demgegenüber aber ist auch in der Arbeiterklasse das Interesse an Schach in der letzten Zeit bedeutend gestiegen.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Die Genossen beteiligen sich vollständig an der Beerdigung des verstorbenen Genossen Gerber am Dienstag um 8 Uhr, im Krematorium Sta. Ann.

Freiwerkschäftliches Jugendblatt. Die Funktionäre werden ersucht, bereits um 7 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im Lokal „Oberstrom“ zu sein.

Freiwerkschäftliches Jugendblatt. Die Funktionäre werden ersucht, bereits um 7 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im Lokal „Oberstrom“ zu sein.

Sozialstatistik - Arbeiterjugend. Am Montag, den 11. April, müssen bestimmt alle die 2,50 Mark für die Oplafahrt bei Geppert, Gabelstraße 33, bis 1/2 7 Uhr abfahren.

Von den Arbeiterkinderfreunden. Helfer. Untere Helferschaft fällt aus. Wir müssen alle Dienstag im Gewerkschaftshaus bei der Besprechung der Naturfreunde zwecks Ferienüberlegung teilnehmen.

Ihr uneheliches Kind erwürgt. Am Sonnabend verurteilte das Breslauer Schwurgericht die 24 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiterin Stanislawe Bak wegen Ermordung ihres unehelichen Kindes zum Tode.

Amstlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums

Amstlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums. (Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.) Mittelmeerbedingungen sind nordwärts vorrücken, werden am Montag den Südwestwind abbrechen.

Letzte Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur (heut, vorg. Tag, 24 Stunden), Wetter, Wind, Nieder-schlag, Regen. Lists weather data for various locations like Grünberg, Görlitz, etc.

Breslauer Produktenbörse.

Table with columns: Getreide, Öle, Mehl, etc. Lists market prices for various agricultural products.

Bereinstellender.

Zentralverband der Zimmerer, Jahreshitz Breslau. Mittwoch, den 13. April, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im kleinen Saale des Gewerkschaftshaus.

hzw. 7 Uhr an programmäßig gesendet werden. Der Gleitwiger Sender wird hiernach nicht betroffen, so daß auch während der genannten Tage das gesamte Programm der Schlesischen Funkhunde von ihm aus gesendet wird.

Bühne und Film.

Oper-Theater.

„Herodes und Mariamne.“

Einen Abgrund von Liebe, in dem normales Empfinden im Liebesleben rettungslos zerfällt, könnte man Friedrich Hebbels Tragödie „Herodes und Mariamne“ nennen. Von Liebe, die dem labilsten Hirn eines selbstherrlichen Königs entspringt, in dem freiwilligen Opferzuge eines Weibes nur den Ansporn zu weiterem Töten empfängt. Eine von Blut geschwängerte Luft, in der Menschliches gar nicht gedeihen kann. In dieses orientalische Liebesdrama, ausgebrütet unter einer Sonne der Leidenschaft, fühlte sich Hebbel bis zur Ausschaltung seines Ichs ein. Er, der Proletarierkämpfer, der das Dasein in dreifacher Form genossen.

Und dieser Wunsch, der ein Genie war, das auf dem fruchtbarsten Boden der Lebensgetreuen wuchs, konnte — immer erianere ich mich daran, wenn ich seinen Aufstieg bedenke — von einem sterbenskranken Eichhörnchen — siehe seine Tagebücher — so Schmerzhaft sprechen, als wenn ihm die Menschen dagegen wertlose Geschöpfe wären. Es ist seltsam. Sein Gehirn überwucherte das Gefühl — sagen viele. Oder hat dieser gewaltige Mensch überhaupt nur ein — fühlendes Gehirn gehabt?

Im Grunde läßt das Drama kalt. Diese beiden Menschen, Herodes und Mariamne, zerreiben sich in nutzloser Liebe. Herodes ist nur der Liebhaber, nicht ein Strahl des Kämpfers Herodes fällt in die dunkle Triebkraft, die er zu seinem Weibe empfindet. Er ist nicht stolzer König, ihn kümmert kein Volk verurteilt wenig — dazu sind ja die Römer da, und trotzdem jammerl die Mensch um seinen Thron, dem er mit dem Blut seiner politischen Opfer den Vorpurschein zu geben sucht. Zweimal schied ihn Hebbel fort aus seiner Liebe, jedesmal um ihn hinter seine Frau einen Fenster stellen zu lassen, wenn er nicht zurückkehrt. Beide Male erfährt sie seine Gemeinheit, beide Male stirbt der Beauftragte und zuckt auch sie, da er die Ehre zerrütet. Sie mit der Rache der ihn noch Lebenden, ihm den Dolch der Reue ins Herz stoßend. Der Reue? Nein! In ihrem Gedanken noch befehlt er den Kindermord von Bethlehem. Er zittert mehr um seine Krone von Roms Gnaden, als um seine Liebe, die er brutal abschlägt. Und siehe: in den Szenen, in denen er mit Füßen des Menschenweibes Ehre zerrütet, erhebt sich Hebbel zu dem anfliegenden Propheten, der das getretene Weib in den Himmel der Gleichberechtigung erhebt. (O hätte der Dichter sich so der Elise Benning erinnert, die ihm mit ihrer Hände Arbeit zum Aufstieg verhalf, um selber zurückgetreten zu werden.) Warm wird einem nicht bei Hebbel, so erhebend und padend er seine Geschöpfe auch auf die Bühne stellt.

Ernst Reiche hat die Tragödie in ein ungewiß dümmliches Kampfenlicht getaucht, in dem Harry Wilsons Bilder meistens wie Schatten standen. So erhöhte sich der Applaud des Dramas, dem zu viel Licht und Luft fehlte, um auch menschliche Töne zum Aufklingen zu bringen. Das erwidert und erschläft. Josef Reim stand als Herodes unerbittlich zu einer harten Liebe. Er brachte uns das Erlebnis eines Menschen, das mehr Grauen verbreitet, als Mitleid. In diesem Sinne Hebbels Absicht voll erfüllend. Als Mariamne gab Therese Thiesse einen durchaus gelungenen Beweis ihrer hohen Künstlerschaft. Unwissend, stolz und tapfer zu ihrer Liebe stehend, eine Maffaherin von Ausmaß, wie sie Maria Seizing als ihre Mutter nicht zu geben imstande war. Bleibt nach Eigm und Volkes Statthalter, der in einer kleinen Rolle prächtig bewies, daß er als Künstler selbst im so wenig gepflegten klassischen Drama Wertvolles geben kann. W. M.

Filmchau.

Im Ufa-Theater dominiert auch diese Woche noch „Die Garbassfürstin“.

A. I. „Russen ist keine Sünde.“ Ein ganz amüsantes Lustspiel mit dröseligen Situationen. Ein düssiger Militär (in zwar auch dabei der Untertitel lautet ja: „Die letzte Einquartierung“), aber es sind gemütliche österreichische Militärs, und der General ist ein Hasenfuß, der flucht für der Tapferkeit Besseren Teil hält. Eine Bombenrolle ist hier der temperamentvollen Gattin Tonia Desni zugefallen, die auf der ganzen Linie liegt. Ebenbürtig zur Seite steht ihr Livia Paranki. Neben der üblichen Wochenchau führt uns ein naturwissenschaftlicher Streifzug zu den Hitzfischen und man erfährt hier allerlei Interessantes und wenig Bekanntes.

Deutsches Lichtspiel-Theater. „Laster der Menschheit.“ Der Film hat eine läbliche Tendenz; er warnt vor den Folgen des Kokain-, Opium- und Morphiumgenusses, indem er seine Folgen zeigt: Wöllige körperliche, seelische Zerrüttung bis zum vollkommenen Wahnsinn. Als Darsteller für die Opfer dieser Laster legten Aka Nielsen und Werner Krauß in der Charakteristik des pathologischen Verfalls der Kokainisten und Morphinisten den Beweis für ihre unerhörte starke Darstellungs-kraft. Aka Nielsen ist die große Sängerin Tamara, die ihre künstlerische Leistungsfähigkeit mit Hilfe der künstlichen Keimzelle aufrecht zu erhalten versucht und daran mit vollem Bewußtsein zugrunde geht. Werner Krauß stellt den „kleinen Mann“ dar, der auf irgend eine Weise den mörderischen Mitteln verfiel und nun in die Hand des erpresserischen Händlers gegeben ist, der, als er das Mittel nicht mehr bekommt, seiner Eier danach bis zum Wahnsinn unterworfen ist. — Um diese beiden Darsteller mit ihren meisterhaft gegebenen Bildern ist die recht schwache Handlung sozusagen „herumgeschrieben“ und gibt der Sängerin Gelegenheit, Selbstmord, dem anderen Kokainisten, einen Mord zu begehen. Alfred Abel als Lieferant des bösen Giftes ist etwas zu stark satanisch aufgemacht, um gut zu wirken. Die Nebenrollen sind leider schauspielerisch schwach besetzt.

Kristallpalast. „Unter Auschluss der Deffentlichteit.“ Findet die Vorführung des Filmes nicht mehr statt, nachdem ihn die Zensur erfolglos bearbeitet hat. Warum? fragt man sich. So ungeheuerlich ist die Geschichte und ihre filmische Darstellung nun doch nicht. Die Generalanzeigerpresse pflegt im Gegenteil solche Stoffe recht oft breit zu treten, ohne das der Zensur mit erhobenem Finger hinter ihr herläuft. Kriminalistisches kauft unter, weil so ganz von fern von Mädchenhandel die Rede ist. Zum Schluss ist es furchtbar gleichgültig, ob der Baron Sowieso nicht der Räuber war. Aber Werner Krauß spielt fabelhaft eine Rolle und das ist es, was den Film schauens-wert macht. Wie prachtvoll dieser Schauspieler, selbst aus unsympathischer Rolle, sich zum Erlebnis erhebt! — Eine Geschichte aus dem Morgenlande kauft dazu: „Ben Ali“ und der Darsteller des Ben Hur-Roman, Kaparro, ist Hauptdarsteller. Der Wertekgang der Handlung ist für uns Mitteleuropäer nicht ganz einfach, trotzdem es sich um eine Liebesgeschichte handelt. Selbst unter dem zum Teil prächtigen Bildern breitet sich orientalisches Süßliches zu sehr aus. — Kapellmeister Weisshaupt ist trotzdem in seiner Umarmung stark wie immer.

In den Neberräumen des Lichtspielers kommt der an dieser Stelle schon besprochene „Jäger von Fall“ zur Aufführung, der sein Publikum wiederum fesselt. Dieser nach dem Roman von Gang-hofer gefertigte Film bringt wunderbare Naturaufnahmen. Vorher läuft das reiche Beiprogramm und eine Grotteske, die in ihrer absurden Komik immer wieder zum Lachen reizt.

Aus Schlefien.

Landbundgeschäfte.

Die Geschäftspraktiken in der in Liquidation befindlichen Niederlausitzer Landbundgenossenschaft beleuchtet ein Artikel der Cottbuser „Märkischen Volksstimme“. Die „Märkische Volksstimme“ schreibt:

Die Wäter der Niederlausitzer Landbundgenossenschaft sind die Großgrundbesitzer v. Nahmer, v. Seynig (Wülfenbain), Lange (Golzow) und Graf v. d. Schulenburg (Lieberose). Während der Inflationszeit versuchten diese Herren, die Genossenschaft über die damals beliebte Gründung von Aktien-gesellschaften völlig in ihren Besitz zu bringen. Das mißlang mit dem Zusammenbruch der Papiermark. Um trotzdem zu verdienen, schlugen die Herren eine andere, und zwar recht originelle Methode ein. Sie kauften von der Landbundgenossenschaft waggonweise Mais, ließen ihr Konto mit dem Breite belasten und warteten dann ab, bis die Preise an der Getreidebörse stiegen. Dann verkauften sie den Mais wieder, und zwar an dieselbe Genossenschaft, von der sie ihn gekauft hatten. Herr v. Nahmer machte in der Inflationszeit ein ähnliches Geschäft mit Kaffee. Er kaufte ihn in Hamburg für Rechnung der Genossenschaft. Als er paar Wochen später der Kaffee mit beträchtlichem Gewinn nach Breslau verkauft werden konnte, bekam die Genossenschaft den Verkaufspreis zuzüglich 2 Prozent Spesen, während der eigentliche Verdienst durch Herrn v. Nahmer eingestrichen wurde.

Ebenso interessant wie die Geschäftsführung in der Genossenschaft ist die Liquidation. Die Schuldsumme ist im Laufe der Zeit auf sage und schreibe eineinhalb Millionen Mark angewachsen. Das wird den nicht überraschen, der weiß, wie die Liquidatoren in der Niederlausitzer Landbundgenossen-schaft arbeiten. Die Genossenschaft besaß einen Dixi-Wagen; der war den Liquidatoren aber nicht gut genug. Deshalb kaufte sie für rund 14000 Mark einen MG-Wagen dazu. Zwei der Herren Liquidatoren machten auch eine Flugreise nach dem Westen, um — Mauersteine zu verkaufen. Einer Mühle, mit der die Genossenschaft einen Vertrag abgeschlossen hatte, wurde eine Abfindung von 45000 Mark zugestanden, während die Mühle selbst nur, hoch geschätzt, einen Wert von 35000 Mark besitzt. Einem Fleischer, der für Lösung seines Vertrages mit der Genossenschaft auf eine Abfindung von rund 4000 Mark rechnete, wurden 6500 Mark ausbezahlt. Außerdem überließ man ihm großmütig sämtliche neu angeschafften Fleischerei-maschinen. Dagegen verkaufte man zwei Pferde, einen Fleischer-wagen und etwa 60 Zentner Dauerware für 3000 Mark. Der glückliche Käufer erhielt allein für die Pferde 2500 Mark. Einer der Liquidatoren, ein Herr Havermann, sagte Leuten, die Forderungen an die Genossenschaft haben: „Verlangen Sie man recht tüchtig, ich werde es auch tun; auf 1000 Mark kommt es ja auch nicht an!“ Dieser Praxiss entspricht es durchaus, wenn diese Liquidatoren die Heranziehung der Vorstandsmittglieder zur Regresspflicht ablehnen.

Nun die Reife der Medaille: 3000 Niederlausitzer Bauern sollen über eine Million Mark für die Reife der Landbundgenossenschaft aufbringen. Sie sind der Verzweiflung nahe. Die Schuldigen am Ruin dieser kleinen Leute aber laufen frei herum und singen das Lied von der Korruption in der Juden-republik.

Ihr laßt sie schuldig werden —

Wie die Landarbeiter leben.

Ein erschreckendes Bild von den sozialen Verhältnissen auf dem Lande wurde entrollt in einer Verhandlung gegen zwei Landarbeiter aus D. Kreis Striegau. Beide arbeiteten auf dem Dominium in D. Dem Ackerwärtler H. Karb im vergangenen Winter die Frau. Mit seinen 42 Mark Wochenverdienst konnte er kaum seine Kinder ernähren und an die Verpflegung der Begräbnislosten gar nicht erst zu denken. Rehnlich lagen die Ver-

hältnisse bei dem Wirtschaftsvogt B. Er hat bei geringem Verdienst sechs Kinder im Alter von 6 Monaten bis zu 9 Jahren zu unterhalten. Lange Krankheit seiner Frau stürzte ihn in hohe Schulden, so daß er keinen Ausweg mehr sah. In ihrer Not fanden sich die beiden zusammen und schloßen auf dem Gutshofe 1 1/2 Jentner Weizen und etwas über 1 Jentner Hafer. Vom Landjäger erwirbt, gab H. bei der Feststellung der Personalien einen falschen Namen an, um sich der Bestrafung zu entziehen. Gestern standen nun die beiden Sünder vor dem Einzelrichter. Beide legten ein volles Geständnis ab und wiesen immer wieder auf ihre Notlage als treibendes Element zu den strafbaren Handlungen hin. Der Amtsanwalt beantragte für jeden eine Strafe von einer Woche Gefängnis, die mit 21 Mark Geldstrafe abgelöst werden können. H. soll wegen der falschen Namensnennung noch mit 2 Mark, hilfsweise einen Tag Haft bestraft werden. Die Angeklagten, zu einer Erklärung über den Antrag veranlaßt, fragten, was mit den Kindern geschehen solle, wenn die Wäter eingesperrt würden. Es ist dann bei dem Witwer niemand da, der für ihren Unterhalt sorgt und der sich um sie kümmert. Wer aber bringt das Kunststück fertig, von 42 Mark Wochenverdienst eine mutterlose Familie mit drei Kindern zu ernähren und dabei 23 Mark Strafe zu bezahlen?

Das Urteil lautete auf 15 Mark Geldstrafe an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe von 5 Tagen für B. und auf 18 Mark Geldstrafe an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe von 6 Tagen für H. Wegen der falschen Namensangabe wurde H. noch mit 1 Mark Geldstrafe, hilfsweise 1 Tag Haft bestraft.

Ist eine solche Gerichtsverhandlung nicht eine einzige Anklage gegen unsere Gesellschaftsordnung? Abhilfe wird nur das Ermachen des Klassenbewußtseins der Landarbeiter und ihr organisatorischer Zusammenschluß bringen können.

Glogau. Der Typhus. Die Zahl der Todesfälle während des Typhusepidemie hat sich auf 11 erhöht.

Ronasthal, Kr. Waldenburg. Unterschlagungen bei der Elektrizitäts-Genossenschaft. Der Rentant der hiesigen Elektrizitäts-Genossenschaft, der frühere Galtwirt B., hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht in Waldenburg wegen Unterschlagung von 2350 Mark zu verantworten. Er hatte die Summe der Kasse entnommen und eine Quittung hinterlegt, so daß es den Anschein hatte, als ob er sich die Summe nur geliehen hätte. Das Gericht erkannte auf 6 Wochen Gefängnis, billigte ihm jedoch Strafaussetzung auf drei Jahre zu, da der Betrag von den Kindern des Angeklagten gedeckt worden ist.

Wittensbach (Kreis Waldenburg). Vom Schlachtfeld der Arbeit. Bei der Vornahme von Schweinearbeiten ereignete sich heute früh auf dem den Rüstgerwerken gehörenden Melchiorshacht eine Explosion, durch die drei Arbeiter beiseite geschleudert wurden. Zwei von ihnen erlitten schwere, einer leichtere Verletzungen.

Kabischau, Kreis Schönau. Vom Schlachtfeld der Arbeit. In den hiesigen Basaltwerken wurden durch herabfallendes Gestein drei Arbeiter schwer verletzt. Einer der Verletzten hat anscheinend auch schwere innere Verletzungen davongetragen. Die Verunglückten wurden in das Schmiebeberger Krankenhaus überführt.

Kattowitz. Solidaritäts-Streit im Dombrowaer Revier. Die 2000 Mann starke Belegschaft der „Suta Bankowa“ im Dombrowaer Revier trat am Donnerstag morgen in einen Proteststreik, weil ein Arbeiter, der am Mittwoch entgegen dem Verbot der Verwaltung, eine Arbeiterversammlung einberufen hatte, striflos entlassen wurde. Dem Streit schloß sich die Arbeiterchaft einer zweiten Firma an. Die Streikenden legten sofort den elektrischen Betrieb still und verließen auch die Hochöfen. Der sofort angerufene Arbeits-inspektor verfügte, den Streik abzubrechen, doch ließen ihn die Arbeitermassen erst gar nicht zu Worte kommen. Da Aus-schreitungen befürchtet wurden, erbat die Werkverwaltung polizeilichen Schutz. Die auf der Hülfe erscheinende Polizei wurde mit einem Steinhagel empfangen und mußte sich zurückziehen. Erst einem anderen Arbeitsinspektor gelang es, die zweite Schicht zur Arbeitsaufnahme zu bewegen.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Kurtmisch. Witbe Motorradfahrer. Herr Maier aus Karzen kaufte ein Motorrad, das ihm ein Beauftragter einer Firma aus Breslau überbrachte. Um den Firmenvorteiler zum Bahnhof zu bringen fuhren beide den Weg noch einmal zurück. Der Breslauer feuerte, Maier sah auf dem Sozius und in flottem Tempo wurde Kurtmisch durchfahren. Der Müller Steiner, der gerade die Straße überquerte während der Fahrer falsch überhaupte, wurde von dem Motorrad erfaßt und ihm ein Bein gebrochen. Dem Breslauer fiel es nicht ein zu stoppen und fuhr in flottem Tempo weiter.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Klettendorf. Bannerweihe der Arbeiterjugend. Die Bannerweihe am Sonnabend verlief programmäßig und anregend. Nach einer Ansprache des Genossen Löbe wurden die vorgezeichneten Rezitationen, Volkstänze und Theater-Aufführungen mit viel Liebe und Geschick von der Jugend ausgeführt. An die eigentliche Weihefeier schloß sich nach 12 Uhr ein gemütliches Beisammensein der Allen, deren Teilnahme an der Feier leider etwas spärlich war.

Einweihung des Sport- und Spielplatzes. Bei einer leider sehr ungünstig feuchtstalten Witterung fand am Sonntag die offizielle Einweihung des neugeschaffenen Sport- und Spielplatzes statt. Erhalten waren außer zahlreichen Zuschauern der Schultorstand, die Lehrer und Gemeindevorsteher der umliegenden Gemeinden, die Jugendabteilung des Kriehäuserbundes, der evangelische Jugendbund, der Gefangenenverein „Eintracht“, die Sozialistische Arbeiterjugend, die freien Turner, der Arbeiter-Gefangenenverein, der Arbeiter-Fußballklub Breslau-Süd, eine Arbeiterregimentkapelle, zwei Reichsbannerkapellen und die freiwillige Feuerwehr Klettendorf unter Leitung von Brandmeister Müller. Mit ihren roten Fahnen und Standards lehrerischen die am zaprechtesten erschienenen Arbeitervereine das Bild der Einweihungsfeierlichkeiten, die Genosse Kleincrt mit einer kurzen Ansprache eröffnete. Nach einer weiteren Ansprache des Erbauers des Platzes, Genossen Knoch, folgten zuerst Freiübungen der Schützengend unter Leitung des Lehrers Graumann und dann verschiedene Turnvorführungen, Volkst- und Reigentänze der erschienenen Vereine. Abends folgte die Vorführung des Filmes „Wege zu Kraft und Schönheit“.

Groß-Mohbern. Sitzung der Gemeinde-Vertretung. Am 7. April fand eine Gemeindevorstellung mit reichhaltiger Tagesordnung statt. Eingehend wurde der Haushaltsplan für 1927, der mit 89338 Reichsmark balanziert, beraten. Zu Titel III, Schulen, beschloß die Vertretung einstimmig, bei der Regierung den Abbau der überplanmäßigen Lehrerstellen zu beantragen, oder die Dedung der dadurch entstehenden Mehrkosten durch Ergänzungszuschüsse zu übernehmen, da die Mehrkosten der überplanmäßigen Lehrerstellen für die Gemeinde nicht tragbar sind. Die Aufbringung des Bedarfs direkter Gemeindeabgaben von 40588 Reichsmark soll durch folgende Zuschläge aufgebracht werden: 300 Prozent zur Grundvermögenssteuer, 750 Prozent zur Gewerbesteuer, 1000 Prozent zur Gemeindefiskussteuer und 350 Prozent zur Betriebssteuer. Ferner beschloß die Vertretung die Pachtung von Gelände zum Ausbau eines Spiel- und Sportplatzes. Der Aufnahme eines Darlehens von 12400 Reichsmark aus den Mitteln der produktiven Erwerbstätigen für den Ausbau des Spiel- und Sportplatzes wurde zugestimmt. Der Ausbau des Weges nach Neufisch soll noch in diesem Jahre vorgenommen werden. Ebenso wurden die Mittel für die Umpflasterung und Kanalisierung der Straßen Rügler bis Hampel und bis zur Fabrik bewilligt. Die Pflasterung bzw. Chauffierung des Neufischer Weges wird vom Kreise ausgeführt und die Gemeindevorstellung stimmte für den auf die Gemeinde entfallenden Kostenanteil zu. Die Umpflasterungsarbeiten wurden dem Kleinrentmeister Marx und die Kanalisationsarbeiten der Firma Reimer in Breslau übertragen. Für ein Baudarlehen von 4000 Reichsmark von der Schlesischen Landesversicherungsanstalt des Maurers H. Böhm, übernimmt die Gemeinde Bürgschaft. Die Wahl des Schiedsmannstellvertreters entfiel auf den Lehrer F. Wiemer. Das Ständesamt wurde dem Gemeindevorsteher übertragen. Für die entstehenden Büroarbeiten soll eine Bürostelle eingest. Die Anträge Paulisch, Namroth, Anders und Schreier wegen Stundung bzw. Niederschlagung der nacherhöbten Steuern 1925/26 werden der Gemeindevorwaltung überwiesen und sollen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen erledigt werden.

Koberwitz. Jugendweihe der Turner. Der hiesige Arbeiter-Turn- und Sportverein veranstaltete kürzlich seine Jugendweihe für 11 zur Entlassung kommende Schüler und Schülerinnen. Nach kurzer Begrüßung der Elternschaft richtete der Vereinsvorsitzende herzliche Worte an die nun den Kampf des Lebens aufzunehmenden 11 Jugendturner und -Turnerinnen. Er ermahnte sie, weiter fest zum Arbeiterport zu stehen, auch wenn sie gezwungen sein sollten, aus dem örtlichen Verein zu scheiden, um anderweitig Lehrstellen und Arbeitsmöglichkeit aufzunehmen. Als Andenken an diesen Tag wurde jedem das Niederbuch „Der freie Turner“ geschenkt, der ihr Begleiter auf frohen und trüben Stunden sein soll. Ein dreifaches „Frei Heil!“ aus circa 60 kräftigen Kinderleuten für die nun aus ihren Reihen scheidenden Turn- und Spielgenossen schloß den Weiheakt. Es folgten einige turnerische Vorführungen, die Freik- und Geschick der Jugendturnerinnen und -Turner bewiesen und abends ein Theaterstück. Der Turnverein Koberwitz kann mit dem moralischen Erfolge dieser Jugendweihe zufrieden sein. Der materielle Erfolg litt unter dem sehr mangelhaften Besuch. Viele Eltern haben den Wert der Arbeit, den der Verein an der Jugend leistet, leider noch nicht erfasst.

Deutsches-Lisa. Prüfung bei den Arbeiter-Samaritanern. Ein für unsere Arbeiterbewegung wichtiges Ereignis ist die Schaffung eines eigenen Sanitätscorps der Arbeiterchaft. Nach der Gründung der Arbeiter-Samaritanerkolonne im Herbst versuchten zunächst die beauftragten Genossen, einen hiesigen Arzt für die Ausbildung zu gewinnen. Leider standen alle in Frage kommende Herren anscheinend auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter sich nicht mehr Wissen aneignen sollten. Diese absehnende Haltung zeigt eine sehr merkwürdige Auffassung unserer hiesigen Ärzte von dem Wesen und Zweck ihres Berufes. So mußte die Ausbildung eben unter der Leitung eines alibewährten Samariters, des Genossen Such, aus Breslau, vor sich gehen. Daß unter seiner Leitung die Kursteilnehmer etwas gelernt haben, bewies die Prüfung am vergangenen Sonntag, die freundlicher-weise von Herrn Dr. Romiger aus Breslau abgenommen wurde. Im ganzen wurden neunzehn Samaritaner geprüft. Die anwesenden Vertreter der Behörden, Bürgermeister Diebst und sein Stellvertreter Herr König, sicherten der Kolonnenleitung feste Förderung der Bestrebungen zu. Vertreten waren ferner noch die SPD., das Sportkartell usw. Möge sich die Kolonne gut entwickeln und die ausgebildeten Samaritaner das Gelernte in den allmählich beginnenden Lehrgängen festigen und ausbauen. Ein Vertreter des R. A. hielt eine kurze Ansprache und wünschte, daß alle neu ausgebildeten Samaritaner zum Besten der Allgemeinheit treu zur Fahne hätten.

Neumarkt. Selbstmordveruch aus Liebes-tum mer. Der Krankenschwesternangehörte W. von hier versuchte seinem Leben ein Ende zu machen und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Der Schuß ging fehl, zerriß die Sehnen, wodurch der junge Mann nach Ausschüttung blind sein wird.

Wasserstand

11. April.	
Kattowitz	2,70
Neisse (Stadt) vom 10. 4.	2,10
Neisse (Land) vom 10. 4.	2,15
Wespe (Kattowitz)	2,15
Wespe (Land) vom 10. 4.	2,17
Wespe (Kattowitz)	2,56

Die Arbeitslosenversicherung.

Von Franz Spliedt.

Im Reichstag werden sich die Ausschussberatungen über die Arbeitslosenversicherung gleich Ostern einer der wichtigsten und zugleich umstrittensten Fragen des kommenden Gesetzes zu. Darüber, daß die Arbeitsvermittlung organisatorisch mit der Arbeitslosenversicherung verbunden sein muß, gibt es keinen Streit. Unklarheiten ist jedoch, wie diese Vereinigung erfolgen soll und wer die für die Durchführung der mannigfachen Aufgaben des Erwerbslosenschutzes entscheidende Verwaltung bilden soll.

Die Gewerkschaften sind stets für den systematischen, sich über die örtlichen Grenzen hinaus erstreckenden Ausbau der Arbeitsvermittlung eingetreten. Sie sahen die Hindernisse außer in der zu engen Anlehnung des Nachweises an die Gemeindeverwaltung vor allem darin, daß die Vertreter der Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, keinen entscheidenden Einfluß auf die Geschäftsführung und Bewaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise haben. Praktisch hat die Behördenverwaltung stets von Einfluß der außerhalb des Behördenapparats stehenden Instanz der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, des Verwaltungsausschusses, auszuhalten gewußt, trotzdem zwei Drittel der Kosten aus den Erwerbslosenbeiträgen getragen werden. Die Erwerbslosenfürsorge liegt gleichfalls, obwohl weitgehend auf Beitragszahlung aufgebaut, in den Händen der öffentlichen Verwaltung. Bereits bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat haben die freien Gewerkschaften einen Organisationsplan vorgelegt. Danach sollte ein einheitlicher Selbstverwaltungskörper mit föderativer und örtlicher Gliederung geschaffen werden. In Anlehnung an diesen Organisationsplan hat die Regierung nun einen neuen Entwurf vorgelegt, der als Änderungsantrag eines der Ausschussmitglieder des Reichstages (Abgeordneter Esser) eingebracht wurde, aber offiziell vom Reichsarbeitsministerium bearbeitet worden ist und von ihm verantwortet werden muß.

Ohne diesen Entwurf in allen Einzelheiten gutzuheißen, kann er in seinen Grundzügen die Billigung der Gewerkschaften finden, weil er den Vorschlägen folgt, die von den freien Gewerkschaften im Herbst 1923 dem Reichswirtschaftsrat unterbreitet wurden. Diese Vorschläge waren sorgsam erwogen und stellen für die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die zweckmäßigste Verwaltungsreform dar. Die Wirtschaft muß eine rein auf die Verwaltung durch die Staats- und Gemeindebehörden abgestellte Versicherung ablehnen. Andererseits ist eine Mitwirkung der öffentlichen Verwaltung, besonders der Gemeindeverwaltung, aus Zweckmäßigkeitsgründen erwünscht. Die Gewerkschaftsvorschläge suchen eine vernünftige Verbindung zwischen Selbstverwaltung und öffentlicher Verwaltung im Rahmen eines straff durchorganisierten Systems, das Versicherung und Arbeitsnachweis eng verbinden sollte. Diese Bedingungen erfüllt der Entwurf.

Die Grundzüge des neuen Entwurfs sind kurz folgende: Es wird eine Reichsversicherungsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung geschaffen. Die Verwaltung liegt in den Händen eines Verwaltungsrates und Vorstandes. Beide werden zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und öffentlichen Körperschaften gebildet. Den Vorsitz führt ein vom Reichspräsidenten ernannter Präsident. Untere Glieder sind die Landesarbeitsämter (bezirklich) und Arbeitsämter (örtlich). Ihre Verwaltung ruht bei

Verwaltungsausschüssen, den, die gleichfalls aus den Vertretern der obigen Gruppen gebildet werden. Die Vorsitzenden der Landesämter werden nach Benehmen mit dem Vorstand der Versicherungsanstalt und den obersten Landesbehörden ernannt. Die Vorsitzenden der Arbeitsämter bestellt der Vorstand nach Anhörung des örtlichen Verwaltungsausschusses. In den Arbeitsämtern bilden die Verwaltungsausschüsse einen Unterausschuss, der als Art Vorstand fungiert. Die Landesämter müssen den Weisungen des Vorstandes, die Arbeitsämter den Weisungen des Vorstandes und des Landesamtes folgen. Bezüglich des Personals ist vorgeschlagen, daß der Präsident nach Anhörung des Verwaltungsrates und des Reichsrates ernannt wird. Die übrigen Mitglieder der Hauptstelle ernannt der Vorstand. Die Vorsitzenden der Landesämter werden im Benehmen mit dem Vorstand und der Landesregierung und nach Anhörung des Verwaltungsausschusses ernannt. Die Vorsitzenden der Arbeitsämter ernannt der Vorstand nach Anhörung des betreffenden Verwaltungsausschusses. Die Fachkräfte für Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Arbeitslosenversicherung werden auf Grund von Vorschlagslisten der Verwaltungsausschüsse bestellt. Der Präsident, seine Stellvertreter und die Vorsitzenden der Landesämter haben Rechte und Pflichten der Reichsbeamten. Den Vorsitzenden der Arbeitsämter, sowie Angehörigen in besonders verantwortlicher Stelle kann die Reichsbeamteneigenschaft verliehen werden. Im übrigen werden die Geschäfte durch Angestellte auf Privatdienstvertrag wahrgenommen. Bezüglich der bisher schon in der Erwerbslosenfürsorge und im öffentlichen Arbeitsnachweis Beschäftigten sollen Übergangsbestimmungen erlassen werden. Es ist festzuerklären, daß die bisher dauernd Beschäftigten und befähigten Kräfte übernommen und die erworbenen Rechte sichergestellt werden müssen. Ein größerer Teil der bisher beschäftigten Provinz- und Kommunalbeamten wird bei der Neuordnung in andere Stellen der Provinz resp. Gemeindeverwaltung übertritten.

Dieser neue Entwurf wird noch in manchen Einzelheiten bei den Beratungen des Reichstages verbessert werden müssen. Jedoch sollte an den Grundzügen festgehalten werden. Gegen den Entwurf wird von einigen Seiten mit großer Entschiedenheit Stellung genommen, besonders von einigen Kommunalvertretern, die die Loslösung des öffentlichen Arbeitsnachweises von der Gemeindeverwaltung beklagen. Die Gewerkschaften hat bei ihren seit Jahren erhobenen Forderungen nach Unterstellung der Versicherung und der Arbeitsvermittlung unter den starken Einfluß der Wirtschaftsvorteiler natürlich nie eine gemeindefeindliche Stimmung gelehrt. Entscheidend war und ist der Wunsch, für Versicherung und Arbeitsnachweis eine Organisation zu schaffen, die den Interessen der Arbeiter und der Wirtschaft am besten entspricht. Die großen Schwierigkeiten unserer Wirtschaft und die Krise des Arbeitsmarktes zwingt zu umfangreichen beruflichen Umstellungen unserer Arbeitslosen. Auch bezüglich sind mit den starken Verschiebungen unserer Industriestandorte bezügliche Verschiebungen der Arbeitskräfte notwendig. Diese Aufgaben verlangen den systematischen Ausbau unserer Arbeitsvermittlung, der nur in einer höheren Organisationsform gefunden werden kann. Ohne die vorbildliche Arbeit einer großen Zahl unserer gemeindlichen Arbeitsnachweise zu verkennen, muß betont werden, daß der öffentliche Arbeitsnachweis an manchen Orten verfaßt hat. Die neue Form soll die Möglichkeit geben, diese Mängel zu beheben.

1. Januar 1925	20 263 000
1. Januar 1926	20 540 000
1. Januar 1927	20 810 000

Somit erfolgte eine Zunahme von einer halben Million seit Mitte 1925. Hierzu kommt die Zunahme der im erwerbstätigen Alter stehenden Frauen um eine halbe Million. Da erfahrungsgemäß für ein Viertel der Frauen der gewöhnliche Arbeitsmarkt in Frage kommt, stellt sich die Zahl der neuen erwerbsfähigen Kräfte auf 660 000. Gegenwärtig haben wir aber 1,8 Millionen Arbeitslose, 1,6 Millionen mehr als Mitte 1925, wo nur 200 000 Arbeitslose vorhanden waren. Von diesen 1,6 Millionen entfallen 600 000 auf den Zuwachs an neuen Arbeitskräften — es bleibt also noch eine Million Arbeitsloser übrig. Da der Umfang der Produktion im letzten Jahre erheblich stieg, kann die Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht aus einem Konjunkturrückgang erklärt werden. Die verbleibende eine Million Arbeitsloser wurde eben durch die Rationalisierung freigesetzt.

Die Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter

finden heute, Montag, im Reichsfinanzministerium statt. Nach Lage der Dinge ist leider anzunehmen, daß auch bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium auf dem Verhandlungswege keine Einigung erzielt werden wird und daß es ähnlich wie bei den Eisenbahnern wahrscheinlich zur Anrufung des Schlichters kommen wird.

Wie die Kommunisten in Hamburg „siegen“.

Von einem „Siegesszug“ der Kommunisten in den Gewerkschaften“ redet die kommunistische Presse neuerdings wieder auffällig viel. Angehlich haben die Kommunisten auch in den Hamburger Gewerkschaften wieder an Boden gewonnen. Wie es damit in Wirklichkeit steht, beweist eine Aufstellung, die der Vorsitzende des Ortsausschusses Hamburg des DGB, in dem offiziellen Mitteilungsblatt des Ortsausschusses veröffentlicht. Für die dem Ortsausschuss Groß-Hamburg angeschlossenen 39 Gewerkschaften waren 1927 insgesamt 4082 Vertreter zu wählen. Davon entfielen auf die Antifaschistische Richtung 3916, die Kommunisten erhielten 167 Sitze. Sie verloren also 32 Mandate, während die Antifaschisten 66 Sitze gewannen. Das Recht erklärt sich aus einer entsprechenden Bewachung der Vertreterfrage. In gleicher Weise „siegen“ die Kommunisten bei den Vorstandswahlen der Gewerkschaften. Von 324 Vorstandsmitgliedern gehörten im Jahre 1926 zu Antifaschisten 317, zu Moskau 7. Für das Jahr 1927 haben die Kommunisten nur noch 3 Vorstandsmitglieder erhalten. Bei den Wahlen der Branchen- und Sektionsleitungen haben die Kommunisten ebenfalls weiter an Boden verloren. Von 699 Branchen- bzw. Sektionsleitungsmitgliedern zählten 1926 sich 641 zu Antifaschisten, 49 zu Moskau, 1927 aber 649 zu Antifaschisten und nur noch 31 zu Moskau. Der Siegesszug der Kommunisten endet also mit einem Mandatsverlust von 18 Sitzen. Von 39 befragten Verbänden konnten 14 die tatsächliche Reibung machen, daß sie eine organisierte Opposition überhaupt nicht oder nicht mehr kennen.

Zu den Tarifstreitigkeiten in der Zigarrenindustrie

brachten wir am 6. April eine Notiz, darin zum Ausdruck kam, daß die Firma Loefer & Wolff sich dem Spruch des Schiedsgerichtes nicht unterworfen und beschloßen habe, für ihre Belegschaft die Kündigung auszusprechen. Nunmehr erhalten wir die Mitteilung, daß die betroffenen Lohnarbeiter sich nicht auf die Firma Loefer & Wolff beschränken, sondern dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller E. V., Berlin, als Spitzorganisation der gesamten deutschen Zigarrenindustrie, ausgeben und etwa 125 000 Arbeiter betreffen sollen. Das Reichsarbeitsministerium hat für die nächste Woche Schlichtungsverhandlungen anberaumt, die den Konflikt vermutlich beenden dürften.

Werdet ständig für unsere Zeitung!

Wirtschaft.

Reinholds Geschenke an die D.-Banken.

Als der Demokrat Dr. Reinhold Finanzminister war, legte er 1926 den Unternehmern ein wertvolles Geschenk auf den Weihnachtstisch: den Abbau der Beschränkungen der Danktelegramme der Handelstammern betonten damals, wie sehr die notleidende Unternehmerschaft diesen Steuerabbau gebrauchen könnte. Der „Kapitalangel“ sollte gelindert und die Produktion durch das Freiwerden des Kapitals gefördert werden. Auch dem kleinen Gewerbetreibenden schlug das Herz schneller in der Brust, auch er glaubte plötzlich Erleichterungen zu verspüren und merkte erst nach einiger Zeit, wie sehr er sich im Irrtum befunden hatte. Heute liegen die Beweise dafür vor, für wen der Demokrat Reinhold die Gewinne rettete. Man braucht nur die Bilanzen der sechs Großbanken anzusehen, um Reinholds Schützlinge zu entdecken. Sehen wir uns zunächst einmal die Umsätze im Vergleich zu 1925 an:

	1925	1926
Deutsche Bank	133,9	185,9
Dresdner Bank	118,6	141,6
Darmstädter und Nationalbank	85,0	119,0
Diskonto-Gesellschaft	59,8	88,1
Commerz- und Privatbank	68,3	85,7
Berliner Handelsgesellschaft	14,9	19,7
	479,4	619,1

Die Umsätze stiegen also um 139,7 Millionen Mark oder um 29 Prozent.

Zur gleichen Zeit wurden an Steuern gezahlt:

	1925	1926
Deutsche Bank	9	11
Dresdner Bank	4	5
Darmstädter und Nationalbank	5	6
Diskonto-Gesellschaft	5	4
Commerz- und Privatbank	5	6
Berliner Handelsgesellschaft	1	2
	29	34

Die Steuerleistung erhöhte sich also um 5 Millionen Mark oder um nur 17 Prozent.

Der bilanzmäßige Reingewinn sieht wie folgt aus:

	1925	1926
Deutsche Bank	18	26
Dresdner Bank	9	12
Darmstädter und Nationalbank	7	19
Diskonto-Gesellschaft	10	15
Commerz- und Privatbank	5	7
Berliner Handelsgesellschaft	2,6	3,5
	51,6	82,5

Der bilanzmäßige Reingewinn erhöhte sich also um 30,9 Millionen Mark = 60 Prozent. Das ist aber nur der bilanzmäßige Reingewinn, der, wie wiederholt nachgewiesen, nur ein Teil, und zwar ein kleiner Teil des wirklichen Reingewinns ist.

Wir stellen demnach fest:

- Erhöhung des Umsatzes um 29 Prozent,
- Erhöhung des Reingewinns um 60 Prozent,
- Erhöhung der Steuerleistung um 17 Prozent.

Wenn die baren Kassenbestände betrugen bei den sechs Großbanken zusammen am 31. Dezember 1925 238 und am 31. Dezember 1926 254 Millionen Mark. Sie waren um 16 Millionen Mark größer geworden, hatten sich also um einen Betrag erhöht, der die Steuerleistung um mehr als das Dreifache übersteigt. Die Steuer hat also von den Großbanken gewissermaßen aus der linken Westentasche bezahlt werden können. Das ist die Finanzpolitik der Demokraten.

Internationaler Kongress der Unternehmer der Industrie.

Der diesjährige ordentliche Kongress der Internationalen der Unternehmer der Industrie (OUEI) findet im Mai in Zürich statt. Die Schweizerische Arbeitgeberzeitung veröffentlicht in diesem Zusammenhang einen Artikel, der sich über die Geschichte und den Zweck der Vereinigung wie folgt äußert:

„Schon vor dem Kriege hatte sich das Bedürfnis einer Fühlungnahme zwischen den Arbeitgeberverbänden der verschiedenen Länder geltend gemacht. Der Krieg unterbrach dann die dahingehenden Bemühungen. Um so gebieterischer drängte sich ein Zusammenschluß nach Rückkehr normaler Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern auf. Die erste internationale Arbeitskonferenz, die in Washington stattfand, sah sich einer geschlossenen Arbeitnehmergruppe gegenübergestellt, die sich auf die internationale Gewerkschaftsorganisation stützte. Auf Arbeitgeberseite fehlte es dagegen an einer internationalen Organisation und daher auch an einer einheitlichen Verteidigung des Arbeitgeberstandpunktes. Aus diesem Grunde wurde schon in Washington die Schaffung einer internationalen Arbeitgeberorganisation beschlossen und einige Monate später fand in Brüssel die Gründung der OUEI statt. Diese internationale Arbeitgebervereinigung will in erster Linie diejenigen Fragen studieren, die auf den internationalen Arbeitskonferenzen und vom Internationalen Arbeitsamt behandelt werden.“

Zurzeit umfaßt die OUEI 25 der wichtigsten Industrieländer. Sie unterhält in Brüssel ein ständiges Generalsekretariat, dem ein leitender Ausschuss vorsteht, in dem die hauptsächlichsten Mitgliedstaaten vertreten sind. Der Kongress in Zürich wird, abgesehen von Fragen allgemeinen Interesses für die Arbeitgeber, ebenfalls die Tagesordnung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz behandeln.

Die Ueberproduktion an Del.

In der amerikanischen Delproduktion hat seit einiger Zeit eine gewaltige Steigerung eingeleitet. Die tägliche Produktion ist seit Anfang 1926 um eine halbe Million Faß gestiegen und erreicht gegenwärtig 2½ Millionen Faß pro Tag. Bei dieser Produktionsrate würde die amerikanische Delproduktion in diesem Jahre 907 Millionen Faß erreichen, gegenüber 760 Millionen 1926. Die Folge der gewaltigen Produktionssteigerung ist ein sehr wesentlicher Preisrückgang für Rohöl. Die Ueberproduktion wurde verursacht durch die außerordentlich günstige Ausbeutung auf dem Seminole-Ölfeld im amerikanischen Gliedstaat Oklahoma. Diese Delgrube wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 geöffnet. Die Ausbeutung betrug Ende Oktober 100 000 Faß, im Dezember 150 000, im Januar 200 000, gegenwärtig 310 000 Faß im Tag. Daneben wurde auch die Ausbeutung anderer ergiebiger Ölfelder in Texas und Kalifornien in Angriff genommen, welche immer wachsende Erträge liefern. Bisher gelang es nicht, die Produktion einzuschränken. Bekanntlich plant der amerikanische Handelsminister Hoover ein Gesetz, das den Delproduzenten die Schaffung eines Kartells zur Regelung der Produktion erlauben soll. Vorläufig beabsichtigen nur die Besitzer der Rohölkontingen, durch Einschränkung der Benutzung dieser Leitungen, die Verteilung der Produktionsquoten einzugreifen. Doch erwartet man das Aufhören der Ueberproduktion nicht vor dem Hochsommer, wo der Verbrauch an Delzin am größten ist und wo der natürliche Rückgang der Ertragsfähigkeit des Seminolefeldes eintreten dürfte.

Ein Jahr Rechtschutz des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes gibt heute einen Bericht bekannt, der sich über die Rechtschutz-tätigkeit der Gau- und Kreisleiter sowie der Berliner Rechtschutzabteilung äußert.

Bei den Gau- und Kreisleitern wird erklärt, daß sich die von ihnen im Jahre 1926 erledigten Rechtschutzfälle auf 6333 belaufen. Beteiligt waren daran 13 398 Mitglieder. Ein Blick auf den Ausgang der Fälle zeigt, daß 5647 erfolgreich und 986 erfolglos abgeschlossen wurden. Die herausgeholt Summe belaufte sich auf den statlichen Betrag von 455 755 Mark oder 34 Mark pro Kopf derjenigen, die an den Streitfällen beteiligt waren. Dabei sei jedoch zu beachten, daß sich der Geldwert des Erreichten nicht in allen Fällen genau beziffern läßt. Besonders treffe das bei den Streitfällen zu, die aus der Sozialgesetzgebung hervorgehen. Auch bei den meisten Wohnungsraumungsfragen, Mietklagen und zum Teil auch bei den Kündigungs- und Entlohnungsstreitigkeiten lasse sich der zahlenmäßige Erfolg nur sehr schlecht und unvollständig feststellen. Der Betrag von ½ Million Mark sei daher fast ausschließlich als solcher zu betrachten, der den Lohnstreitigkeiten entstammt.

Der größte Teil der von den Gau- und Kreisleitern des Deutschen Landarbeiter-Verbandes erledigten Rechtschutzfälle ergaben sich aus den Lohn- und Tarifstreitigkeiten. Verzeichnet sind 3723 Fälle, von denen 3317 erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Die 3723 Fälle beweisen, so sagt der Bericht wörtlich, wie rigoros die landwirtschaftlichen Unternehmer den Arbeitern in der Lohnfrage gegenüberstehen.

Die meisten Fälle seien aus Ostpreußen und Mitteldeutschland anhängig gemacht worden. Vielfach habe man mit allem Raffinement tarifliche Bestimmungen sinnwidrig auszulegen versucht. Das könne ganz besonders von Schlesien behauptet werden, wo seit Jahren von Arbeitgeberseite mit allen juristischen Spitzfindigkeiten gearbeitet wird, um den Landarbeitern das tarifliche Recht zu schmälern.

Sowen die Berliner Rechtschutzabteilung in Frage kommt, wurden bei ihr 1288 Fälle anhängig gemacht und durch Uebernahme des Reites vom Jahre 1925 1391 Fälle erledigt. Darunter befinden sich allein 88 Lohnstreitigkeiten. Von ihnen konnten 68 mit teilweisem oder vollem Erfolg durchgeführt werden. In diesen 68 Fällen sei den Mitgliedern Deputat und Verlohn in einer Gesamtsumme von 47 399 Mark herausgeholt worden.

Die Zusammenfassung ergibt: 1. erledigte Fälle: 6633 Fälle durch Gau- und Kreisleiter, 1391 Fälle von der Rechtschutzabteilung des Verbandes, zusammen 8024 Fälle; 2. herausgeholt Summen: durch die Gau- und Kreisleiter 455 755 Mark, von der Rechtschutzabteilung 47 399 Mark, zusammen 503 154 Mark.

Durch diese Feststellungen ist ein erneuter Beweis für die Leistungsfähigkeit der freigewerkschaftlichen Organisationen erbracht. Die Feststellungen zeigen deutlicher als alles andere, daß die Gewerkschaften nicht zu überholten Einrichtungen, sondern zu einer Lebensnotwendigkeit der schaffenden Bevölkerung geworden sind. Die unorganisierten Arbeiter sollten dem Bericht des Deutschen Landarbeiter-Verbandes eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen.

Eine Million Arbeitslose als Folge der Rationalisierung.

Wie hoch stellt sich die Zahl jener Arbeitslosen, die Opfer der Rationalisierung geworden sind? Darüber wird eine sehr beachtenswerte Berechnung in der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen „Wirtschaft und Statistik“ angeführt. Die letzte Betriebszählung erfolgte im Juni 1925. In diesem Zeitpunkt gab es nur 206 000 untertätige Arbeitslose, eine sehr niedrige Zahl, wie sie auch in normalen Zeiten infolge der gewöhnlichen Schwierigkeiten des Arbeitsnachweises vorfinden zu sein pflegt. Seit Mitte Juni 1925 sind aber wieder 600 000 neue untertätige Arbeitslose aufgetreten, die in die Erwerbsunfähigkeit listig eingeschleift werden sollten. Die Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Männer betrug am

Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 11. April 1927.

Sportplatznot der Wassersportvereine.

In vielen Städten macht sich ein zunehmendes Bedürfnis der Bevölkerung bemerkbar, den gesunden und viel Freude bereitenden Wassersport auszuüben. Der Befriedigung dieses Bedürfnisses stehen jedoch große Hindernisse im Wege. Die Voraussetzung für die Ausübung des Wassersportes ist nämlich das Vorhandensein von Sportanlagen oder gar Sporthäfen. In Flüssen mit starker Strömung und hohen Ufern, an Rhein, Elbe, Oder und Spree sind wasserbauliche Anlagen notwendig, welche die Boote, Segel und Schwimmer gegen die Strömung und die nachteilige Wirkung des wechselnden Wasserstandes schützen. Solche Veränderungen von Ufer und Flusslauf vorzunehmen, sind nur die Wasserbauverwaltungen berechtigt, oder mit deren Genehmigung die Städte. Im Uferbereich der Städte kommen aber Stadtverwaltungen kaum vor selbst auf den Gedanken, in den dazu geeigneten Uferflächen Sportplätze und Wasserportplätze anzulegen. Deshalb verlangen die Arbeiter-Wassersportvereine von den Arbeiterportparteiellen in den an Seen und großen Flüssen gelegenen Orten, daß in die an die Städte zu stellenden Forderungen nach Sportplätzen auch die auf Errichtung von Wasserportplätzen aufgenommen wird, damit die Bevölkerung Wassersport treiben und Wasserportvereine gründen kann.

Im Gegensatz zu allen anderen Sportarten rentieren sich die in die Wasserportanlagen investierten Kapitalien durch die Erhebung von Benutzungsabgaben. Bis jetzt haben nur wenige Städte Wasserportplätze angelegt. Die Elbort hat trotz ihrer großen Baumöglichkeit (steigende Strömung und große Wassertiefe) einen durch Molken geschützten Sporthafen und einen Wasserhafen gebaut. Den größten künstlichen Wasserportplatz besitzt Potsdam. Wollte Berlin dem Wasserport in gleichem Verhältnis entgegenkommen, so müßte es mehr als 50 Kilometer Wasserfront zur Verfügung stellen. Es hat aber noch nicht einmal eine öffentliche Anlegestelle, wo ein Durchfahrer berechtigt ist, anzulegen.

In Berlin und anderen norddeutschen Wassersportgebieten sind Wasser und Ufer ausgedehnter, so daß die Wasserporttreibenden selbst Anlagen bauen und Grundstücke erwerben können. Trotzdem ist die Sportplatznot nirgends größer als in Berlin. Unter den rund 500 Vereinen der Kanufahrer, Ruderer, Segler und Motorbootfahrer der Reichshauptstadt bemühen sich 150 um Ufergrundstücke. Die städtische Sportverwaltung besitzt in der weiteren Umgebung Berlins viele unbenutzte und unbenutzbare Wasserplätze und Sumpfstellen. Sie verachtet aber trotzdem keinem Wasserportverein ein Grundstück. Auch in Frankfurt a. M. müssen sieben Wassersportvereine ihre Grundstücke aufgeben, weil die neue Offenbacher Landstraße darüber hinweggehen soll. Dort wird jedoch den Vereinen auf ihren Einspruch Erlaubnis gegeben.

Unter der Sportplatznot leiden die Arbeiterwassersportler am meisten. Sie fordern Beistand und Hilfe von den Arbeiterportparteiellen, Gemeindevertretern und Stadtverordneten. Die Sportparteiellen sollen nicht nur persönlichen und Richtungsstreit ausweichen, sondern in erster Linie die Forderungen des Sportes gegenüber Städten und Ortsbehörden vertreten. Die heutige Forderung der Wassersportvereine ist: Vertreibt uns nicht von unseren Sportplätzen, verachtet uns Ufergrundstücke und erschließt der Bevölkerung die sonst unzugänglichen Gewässer durch den Bau von Häfen und Anlagen.

Arbeitersport und Jugendpflege.

Jetzt beginnt wieder in allen Büros des Reiches, der Länder und Gemeinden emsige Geschäftigkeit, denn die Gelder des neuen Haushalts stehen zur Verfügung. Das geht auch uns Arbeitersportler an. Wir hatten schon oft an Staat und Gemeinden Forderungen zu richten, die der Förderung des Arbeitersports dienen.

Wenn wir heute rückblickend uns an die Zeit vor dem Kriege erinnern, so können wir immerhin feststellen, daß sich unter den Verhältnissen der Republik und unter der besonderen Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die Gestaltung des staatlichen Lebens manches geändert hat. Trotzdem sind noch längst nicht alle realistischen Gedanken, die auch von dieser Seite Arbeiterschaft und Arbeitersport bedrohen, beseitigt. Um so schärfere Aufmerksamkeit auf diesem Gebiet verlangt von uns gesellschaftliches und politisches Bewußtsein gegenüber der Arbeiterschaft. Stärkstes Interesse finden dabei alle Fragen der Jugendpflege. Nach aus den Erfahrungen der Vorkriegszeit her wissen wir, welche starke Einflußnahme der bürgerlichen Gesellschaft auf die Jugend möglich ist, wenn wir uns nicht selbst mit aller Energie dieser Arbeit annehmen. Der beherrschenden Jugendpflege ist jedes materielle und ideelle Nachmittage in die Hand gegeben, hier frei nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung zu wirtschaften oder die Machtstellung einseitig für bestimmte politische Schichtungen auszunutzen. Das gilt sowohl von der Zuweisung von Jugendheimen und Schulräumen, als auch von der Zuteilung der Turnhallen und Spielplätze, das gilt für die Unterstützung unserer Wanderungen und auch für die Zuweisung von Geldmitteln. Wer hier nicht selbst achtgibt, verleidert nur die Mittel des Volkes für die Bestrebungen der gegnerischen Organisationen und trägt mit die Schuld daran, daß die Arbeiterklasse auch auf diesem Gebiet ihrer Rechte beraubt wird.

Günstigerweise ist in den letzten Jahren über den reorganisationären Drang gewisser Kreise hinaus die Erkenntnis in andere Jugend- und Sportverbände eingedrungen, daß man sich hier einfach nicht fernstellen darf, will man sich nicht selbst schädigen. Das trifft zum Beispiel auch alle Kräfte auf die Mitarbeit in den bestehenden Ortschaftsausschüssen für Jugendpflege zu. Diese haben oft ein starkes Mitbestimmungsrecht bei der Verwendung öffentlicher Mittel. Jede proletarische Jugendgruppe, wie jede Arbeiterpartei-Organisation, die eine Jugendabteilung unterhält, sollte sich um den zuständigen Ortschaftsausschub kümmern. Wichtig ist hierbei auch, daß die Arbeit nicht in den einzelnen Organisationen am Ort verbleibt, sondern der Zusammenhalt in den Dörfern und Bezirken gestiftet wird. Es ist proletarische Pflicht, daß die Funktionäre der Organisationen mit diesen Dingen genau so vertraut sind, wie mit internen Organisations-Angelegenheiten.

Die grundsätzliche Abstinenz, wie sie einst gepredigt wurde, spielt glücklicherweise keine ausschlaggebende Rolle mehr. Viel schlimmer aber ist Gleichgültigkeit, die gerade der Arbeiterklasse schon so oft in ihrer vorwärtsdringenden Arbeit so fast unüberwindlicher Hemmung geworden ist. Auf dem Gebiet der Jugendpflege darf sie mit am wenigsten in Erscheinung treten. Leider gilt es hier oft, auch in unseren Kreisen noch eine gemaltene Erziehungsarbeit zu leisten. Das ist zugleich politische Erziehungsarbeit, denn jeder Genosse lernt ein gewaltiges Stück der waltungswelt und damit ethischen Lebens kennen, wenn er sich dieser Arbeit richtig widmet. Solche Erkenntnisse aber können nur eine aufsteigende Klasse immer nur gewinnen sein.

Eine Konferenz des Bundes-Jugendausschusses.

Der Arbeiter-Turner- und Sportler fand vor kurzem in der Bundeschule in Leipzig statt. Die bisher ablehnende Stellung des Ausschusses gegenüber dem Reichsausschub deutscher Jugendverbände wurde abermals unterstrichen, dafür aber angeregt, eine engere Verbindung mit den gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen anzustreben. Begrüßt wurde der Beschluß der Kreisvertreterkonferenz, durch den eine Aufnahme der örtlichen Jugendabteilungen der Gewerkschaften und der sozialistischen Arbeiterjugend bzw. die Zusammenarbeit mit ihnen freigestellt worden ist. Eine Entscheidung gegen den Kreisvertreter-Beschluß von der Kreisratsung des 1. Kreises (Berlin) beschloffen, wurde zur Kenntnis genommen. Eine Beteiligung der Schulen an den Kampfen um das Reichsfortführeramt wurde abgelehnt. Freudig begrüßt wurde die Anregung, ein Bundesjugendtreffen abzuhalten, deren Durchführung den Kreisen obliegt. Für die Leiter der Schulentagungen soll eine besondere Gratifikation eingeführt werden. Die Vereine können Material durch den Bundesvorstand anfordern. Ein Wegweiser durch eine selbst zusammengestellte Jugendbibliothek wird bald fertig sein. Beispiel-Leipzig wurde als Vorbild für Bühnenaufführungen bestellt. Der von der Bundeschule vorgeschlagene Aufstellungsplan fand Zustimmung.

Sport des Sonntags.

Fußball.

Süd I — Sturm I 7:5 (4:3). Ein heißes und torreiches Treffen lieferten sich die beiden guten Mannschaften in Arietern unter der stets sicheren Leitung von Quarg-West. Das Spiel verlief durch seinen dauernd wechselnden Stand nie an Interesse. So ging vor der Pause erst Süd in Führung, dann stellte Sturm den Gleichstand her und führte wenig später mit einem zweiten Tor. Bis zum Wechsel kam Süd dann wieder mit 4:3 in Vorteil. Durch Umstellung und Verlust eines Spielers (Herausstellen wegen scharfen Spiels) machte der Platzbesitzer eine Schwächerperiode durch, in deren Verlauf Sturm durch zwei Tore nach vorn kam. Dann erst wurde sich der Kreismeister des Dreibes der Sache bewußt und erzielte bis zum Schluß durch drei Erfolge das Resultat von 7:5 und damit den Endsieg.

V.F.V. I — V.F.B. I 9:2. Vor wenigen Zuschauern lieferte V.F.V. sein letztes Serienpiel. Es wurde überlegen gewonnen. Ueber das Spiel selbst ist nicht viel zu sagen. Bis Halbzeit ist V.F.V. viermal, V.F.B. einmal erfolgreich. Nach dem Wechsel dasselbe Bild. Mit dem oben angegebenen Resultat beendet der gute Schiedsrichter das Spiel.

Einigkeit I — Falke I 3:1. Zur angelegten Zeit stellten sich beide Mannschaften zum fälligen Verbandsspiel. Falke stößt an und geht gleich ein mächtiges Tempo vor, was ihnen in der 10. Minute das Führungstor einbringt; Einigkeit kann erst in der 37. Minute den Ausgleich erzielen. So ging es mit 1:1 in die Pause. Nach Halbzeit hat Einigkeit mehr vom Spiel, kann jedoch vor der Hand gegen die vielbeinige Verteidigung nichts Fäßbares erzielen. In den letzten 10 Minuten kann E. die Torzahl auf 3 erhöhen. Der zugespitzene Elfmeter wurde haarhart verschossen. Der Schiedsrichter war in seinen Entscheidungen gerecht, nur müßte er sich an pünktliches Erscheinen gewöhnen. — **Einigkeit II — Falke II 3:1.**

Resultate:

West I — Wader I	3:1
West II — Wader II	0:1
V.F.V. I — V.F.B. I	9:2
V.F.V. II — V.F.B. II	1:1
V.F.V. III — Süd III, famulos für Süd	
V.F.V. I. Sch. — V.S.B. I. Sch.	8:0
V.F.V. 2. Sch. — Union 2. Sch.	0:1
Süd I — Sturm I	7:5
Einigkeit I — Falke I	3:1
Einigkeit II — Falke II	3:1
Einigkeit III — Sil.-Aid. III	4:1
Einigkeit IV — Herta II	0:0
1921 I — Bernstadt I	2:0
Süd I. Jgd. — Ostau I. Jgd.	4:0
Sparta I — Stern I	2:4
Sparta II — Stern II	0:5
H.E.B. III — Stern III	2:4
Dswik III — Stern IV	0:3
Rapid I. Jgd. — Stern I. Jgd.	1:2

Handball.

Gandau I schlägt Mohbern I. 1:0.

Nach einem flotten Spiel gelang es Gandau, Revanche an Mohbern für die vorjährige Niederlage zu nehmen. (Ausführlicher Spielbericht ist von den Vereinen nicht eingelaufen worden).

In Neutirch traf der Platzbesitzer mit der 7. Abteilung zusammen, und hier war es der 7. Abteilung infolge besseren Stellungsspiels vergönnt, zu triumphieren. Die Neutircher spielten zwar auch sehr eifrig, aber der Torstoß blieb immer aus. Verschiedenen Spielern von Neutirch wäre es zu empfehlen, ihre harte Spielweise abzustreifen und die Entscheidungen des Schiedsrichters auf dem Felde nicht dauernd zu betritteln.

In Dswik trafen Gaswert Oderort und 6. Abteilung zusammen. Die 6. Abteilung fängt mit 9 Mann an zu spielen und bald erreichen sie das Führungstor. Als der zehnte Mann eintritt, schrauben sie das Resultat auf 2:0. Gaswert Oderort legt Dampf auf und holt ein Tor auf. Nach Halbzeit wird das Tempo flatter, und bald ist der Ausgleich da. So bleibt es auch bis Schluß.

7. Abteilung II lieferte mit Neutirch II ein überaus interessantes Treffen. Bis Halbzeit führten die 7. Abteilung mit 1:0, doch Neutirch hatte Gelegenheit gehabt, auszugleichen, wenn die Männer schleichen könnten und der Tormann von der 7. Abteilung nicht in so guter Form gewesen wäre. Nach Halbzeit klappte Neutirch vollkommen zusammen, und in gleichmäßigen Abständen fielen drei weitere Tore.

Resultate:

Gandau I — Mohbern I.	1:0 (0:0)
7. Abtlg. I — Neutirch I.	4:2 (3:0)
7. Abtlg. II — Neutirch II.	4:0 (1:0)

Bogtkämpfe Breslau — Diegnitz des Arbeiter-Athleten-Bundes.

Am Sonntag trat eine Auswahl-Mannschaft des 1. Bezirks gegen die Bogner-Mannschaft des Sportklub „Eiche“ Diegnitz, zu einem Kampfe an. Lange vor Beginn der Kämpfe fanden sich schon Interessenten ein, so daß vor einem vollbesetzten Hause die Mannschaften in den Ring steigen konnten. Leider gab es auch technische Schwierigkeiten, die aber auf Seiten der Diegnitzer lagen. Der Ringrichter behielt. Er mußte infolge anderer Verpflichtungen abjagen. Der Bezirksbogensportwart Jajadaj und Kollege Duras mußten sich dieses Amtes abwechselnd annehmen. Die Kämpfe nahmen nun folgenden Verlauf:

Liegengewicht: Mewa, „Nordost“, 98 Pfund, gegen Bengler-Diegnitz, 96 Pfund. Mewa bekam eine Verwarnung, leider hätte auch Bengler verwarnet werden müssen. Dem technisch besseren Mewa wurde der Punktstieg zugesprochen.

Federgewicht: Janski, „West“, 115 Pfund gegen Auras-Diegnitz, 117 Pfund. Janski in sehr guter Form. Beide Gegner boten einen technisch schönen Kampf. Janski verlor nur knapp nach Punkten.

Der zweite Kampf im Federgewicht: Reichelt, „Germania“, Deutsch-Wilfa, 114 Pfund, gegen Scholz-Diegnitz, 114 Pfund. Bei Reichelt fehlte Ringerfahrung und Technik. Er hielt durch, machte aber vor Schluß der letzten Runde den Boden aufsuchen, so daß dem besseren Scholz der Sieg zugesprochen wurde.

Leichtgewicht: Hellmuth Rabsh, Sportverein 97/02, 120 Pfund, gegen Bengler-Diegnitz, 123 Pfund. Das Resultat dieses Kampfes war erst ein Fehlschuß. Infolge eines Protestes wurde als gerechtes Urteil ein Unentschieden anerkannt. Beide waren technisch gleich.

Mittelgewicht: Hermann Rabsh, Sportverein 97/02, 132 Pfund, gegen Ludwig-Diegnitz, 132 Pfund. Hier mußte sich der ringerfahrene Rabsh mit einem Unentschieden zufriedengeben.

Mittelgewicht: Thomas, „Nordost“, 134 Pfund, gegen H. Kahle-Diegnitz, 142 Pfund. Hier gab es einen harten

Kampf. Thomas mußte seinem schwereren Gegner den Sieg überlassen. Thomas verlor knapp nach Punkten.

Als letzter Kampf im Halbbewergewicht: Lohr-Sportverein 97/02, 148 Pfund, gegen Burghard-Diegnitz, 153 Pfund. Hier gab es noch einmal ein hartes Treffen, mit technisch schönen Momenten, das die Zuschauer in Spannung hielt. Das erwartete Unentschieden kam nicht. Lohr verlor knapp nach Punkten. Das ist so einseitig eingestelltes Diegnitzer Publikum gab diesmal und öfters durch Beifall seiner Sympathie für die Breslauer Bogler zum Ausdruck. Die Sekundanten Wolf-Sportverein 97/02, Günter-Nordost, waren ihrer Aufgabe gewachsen.

Breslauer Arbeiter-Ringer in Sachsen.

Während im Breslauer Viktoriateater sächsische Sportler weillen, vertrat der Kreismeister der B-Klasse die 2. Ringer-Mannschaft der Sportvereineigung 1897/02, den schlesischen Kreis im Vorrundenkampf gegen „Sandow“-Dresden am Ort des Gegners. Nach interessantem Kampferlauf trennten sich beide Mannschaften unentschieden.

Vorrundenkampf um die Gruppenmeisterschaft der Arbeiter-Ringer von Ostdeutschland.

Siegfried, Planitz, Sachsen — gegen „Nordost“, Breslau (alte Achillesmannschaft). Martin 104 Pfd. — Kosmehl 105 Pfd. 10 Minuten unentschieden; Wey 112 Pfd. — Ubrich 116 Pfd. 10 Minuten unentschieden; Dinger 122 Pfd. siegt gegen Schwilke 123 Pfd. in 7,02 Minuten durch Untergriff von hinten mit Armfesselung; Hofmann 131 Pfd. kann gegen Admann 133 Pfd. einen Punktstieg ertingen; Hauptein 148 Pfd. — Klose 139 Pfd. trennen sich nach technischem Kampf unentschieden; Herot 147 Pfd. unterliegt Jandlitz 158 Pfd. in 3,14 Minuten. Im Schwergewicht Merkel, Planitz, erster Sieger der Frankfurter Olympiade, siegt sich mit Schliez, ebenfalls Sieger der Olympiade, einen harten Kampf, der unentschieden verläuft.

Resultat: Vorrundensieger Siegfried, Planitz, mit 7½ Punkten gegen „Nordost I“, Breslau, mit 6½ Punkten. Kampfstellung: Wende, Breslau, Wolf, Planitz, Unparteiischer Bauer, Diegnitz. Einleitender Freundschaftskampf; Bartelke, Nordost II — Hante W., Hero I, letzterer siegt in 4,53 Minuten durch Armfesselung; Knöppel Nordost II gegen Hante N., Hero I, letzterer siegt in 5,43 Minuten durch Heberfüßler; Schmitz C., Nordost II — Hante G., Hero I, letzterer siegt in 8,26 Minuten; Thomas, Nordost II — Krusch, letzterer siegt in 6,21 Minuten; Statte, Nordost II — Fuhs, Hero I, nach 10 Minuten unentschieden; Syranke, Nordost II — Thiel, Hero I, ersterer siegt in 3,50 Minuten durch Heberfüßler; Wolff, Nordost II — Krause, Hero I, in 2,33 Minuten siegt Wolff.

Resultat: Nordost II — Hero I 7:7 Punkte.

Jugendwettkampf der Freien Turnerschaft.

Die Freie Turnerschaft Breslau, die von den schlesischen Arbeitersportvereinen die größte Mitgliederzahl aufweist, rief am Sonntag die gesamte Vereinsjugend zum Gerätewettkampf auf, um ihre Kräfte zu messen. Der Verein, welcher die Erziehung der arbeitenden Jugend für die Lebensinteressen der Arbeiterschaft anstrebt, unterhält in Breslau 5 Frauen- und 9 Männerabteilungen, die starke Jugendabteilungen besitzen.

Um 4 Uhr marschierten die 80 Wettkämpfer, einheitlich gekleidet, mit dem Sturmlied der freien Turnerschaft, auf. Kreisjugendobmann Seewald begrüßte im Auftrag des Vereins die Gäste und wies in kurzen Worten auf die Bedeutung des Wettkampfes hin. Das Wettturnen wickelte sich in flottem Tempo ab. Es wurden achtungsvolle Leistungen erzielt. Besonders die Freilübungen der Turner und Turnerinnen boten ein abwechslungsreiches Bild.

Resultate:

Einzelwettkampf Turnerinnen, Oberstufe.

1. Rang: Schwidder, Erna	2. Abt., 251 Punkte
2. „ — „ — „ — „ — „ — „	1. „ 247 „
3. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 240 „
4. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 239 „
5. „ — „ — „ — „ — „ — „	2. „ 234 „
6. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 232 „
7. „ — „ — „ — „ — „ — „	2. „ 232 „
8. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 230 „
9. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 212 „

Turnerinnen, Mittelstufe.

10. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 190 „
1. Rang: Drechsler, Magda	1. Abt., 232 Punkte
2. „ — „ — „ — „ — „ — „	2. „ 232 „
3. „ — „ — „ — „ — „ — „	1. „ 230 „
4. „ — „ — „ — „ — „ — „	2. „ 228 „
5. „ — „ — „ — „ — „ — „	2. „ 228 „
6. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 223 „
7. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 222 „
8. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 221 „
9. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 214 „
10. „ — „ — „ — „ — „ — „	4. „ 210 „
11. „ — „ — „ — „ — „ — „	2. „ 210 „
12. „ — „ — „ — „ — „ — „	1. „ 208 „
13. „ — „ — „ — „ — „ — „	1. „ 203 „

Wettkampf (männliche Jugend).

Oberstufe: 1. Abtlg. 1199, 2. Abtlg. 1139, 7. Abtlg. 1106, 4. Abtlg. 1077. **Mittelstufe:** 7. Abtlg. 1. Kiege 1159, 4. Abtlg. 1. Kiege 1129, 6. Abtlg. 1. Kiege 1117, 7. Abtlg. 2. Kiege 1061, 2. Abtlg. 2. Kiege 1054.

Appabeln der Freien Ranu-Bereinigung.

Trotz schlechten Wetters und trotz des Sonntagverkaufts, der uns einen Teil der Mitglieder entzog, war die Beteiligung beim Appabeln gut. Wir fuhrten in frühlicher Stimmung den Oberstrom aufwärts. An einer Biege bei Treßden machten wir Halt und vertrieben uns die Zeit mit Bewegungsspielen. Es wird der Wunsch vieler sein, weitere solche gemeinsame Fahrten, welche den Gemeinschaftsgeist fördern, zu unternehmen. Alles näher in Bezug auf Mitgliederannahmen und bei Rudolf Sentschel, Brigger Straße 1, I, Sportleiter.

Eine Million Arbeiterturner in Wien. Die Wiener Arbeiterturnbewegung wächst von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1926 nahmen an 21.800 Turnabenden eine Million Turner teil, 80.000 mehr als im Jahre 1925. Mehr als 1.500 Turnturner und Turnturnerinnen waren zur Bewältigung der technischen Arbeiten nötig.

